

LANDESHAUSHALTSPLAN

für die Haushaltsjahre 2013 und 2014

Einzelplan 01

für den Geschäftsbereich des

Hessischen Landtags

I N H A L T

Kapitel	Bezeichnung	Seite
	Vorwort	2
01 01	Landtag	6
01 03	Datenschutzbeauftragter	54
	Abschluss des Einzelplans	74
	Stellenpläne, Stellenübersichten	81

V o r w o r t z u m E i n z e l p l a n

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Einzelplan 01 weist die Einnahmen und Ausgaben des Landesparlaments und seiner Verwaltung aus.

Nach dem Landtagswahlgesetz in der Fassung vom 28. Dezember 2005 (GVBl. I 2006 S. 110, 439) besteht der Hessische Landtag in der 18. Legislaturperiode aus 118 Abgeordneten. Die Abgeordneten wurden am 18. Januar 2009 gewählt. Die Wahlperiode begann am 18. Januar 2009 und endet - falls nicht der Landtag seine vorzeitige Auflösung beschließen sollte - am 17. Januar 2014.

Rechtsstellung und Aufgaben des Landtags sind im Wesentlichen in den Abschnitten IV bis VI des Zweiten Hauptteils der Landesverfassung festgelegt. Seine Organisation und Arbeitsweise im Einzelnen regelt der Landtag nach Art. 99 HV durch seine Geschäftsordnung vom 16. Dezember 1993 (GVBl. I S. 628), geändert und neu in Kraft gesetzt am 5. Februar 2009 (GVBl. I S. 50), zuletzt geändert durch Beschluss des Landtags vom 8. Juni 2011 (GVBl. I S. 307). Außer dem Präsidium, dem Ältestenrat und dem Hauptausschuss (Ständiger Ausschuss nach Art. 93 HV) bestehen zur Vorberatung der Vorlagen, über die der Landtag zu beschließen hat, 10 Fachausschüsse mit mehreren Unterausschüssen.

Rechtsstellung und Finanzierung der Fraktionen im Landtag ergeben sich aus dem Hessischen Fraktionsgesetz vom 5. April 1993 (GVBl. I S. 106), zuletzt geändert am 19. November 2008 (GVBl. I S. 978).

Die Verwaltung des Landtags obliegt nach der Verfassung und der Geschäftsordnung dem Landtagspräsidenten, der hierbei mit dem Präsidium zusammenwirkt; für den Bereich des Landtags vertritt der Landtagspräsident das Land Hessen.

Der Präsident bedient sich zur Erledigung der Verwaltungsangelegenheiten der Kanzlei des Landtags als oberste Landesbehörde.

Dem Hessischen Landtag formal zugeordnet ist der Hessische Datenschutzbeauftragte, eine eigene unabhängige oberste Landesbehörde, deren Einnahmen und Ausgaben in einem eigenen Kapitel im Einzelplan 01 ausgewiesen sind (Kap. 01 03).

B. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben (in EUR)

Einzelplan 01		2014	2013	2012
0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	—	—	—
1	Eigene Einnahmen	1 578 000	1 578 100	1 425 200
2	Übertragungseinnahmen	—	—	—
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	256 500	630 000	203 000
	Gesamteinnahmen	1 834 500	2 208 100	1 628 200
4	Persönliche Verwaltungsausgaben	38 591 900	37 561 400	35 901 800
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	6 544 400	6 404 000	6 261 800
	Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	—
6	Übertragungsausgaben	8 870 800	8 870 800	8 706 400
7	Bauausgaben	—	—	—
8	Sonstige Investitionsausgaben	337 700	381 600	647 300
9	Besondere Finanzierungsausgaben	1 687 900	1 686 400	1 594 200
	Gesamtausgaben	56 032 700	54 904 200	53 111 500
	Zuschuss / Überschuss	-54 198 200	-52 696 100	-51 483 300

C. Personalsoll des Einzelplan 01

	Stellen					
	2014	davon Leerstellen	2013	davon Leerstellen	2012	davon Leerstellen
Beamte und Richter	121,5	4,0	121,5	4,0	123,0	5,0
Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—,—	—,—	—,—	—,—	—,—	—,—
Tarifbeschäftigte	113,5	2,0	115,5	3,0	117,5	1,0
davon Auszubildende	3,0		3,0		3,0	
Zusammen	235,0	6,0	237,0	7,0	240,5	6,0

D. Zielsysteme des Hessischen Landtags und des Hessischen Datenschutzbeauftragten**Oberziel des Hessischen Landtags**

Hessen ist eine parlamentarische und demokratische Republik. In der parlamentarischen Demokratie ist das Parlament das oberste Organ der politischen Willensbildung. Einzig das Parlament verfügt über die demokratische Legitimität durch vom Volk gewählte Vertreter. Wichtigste Aufgaben des Parlaments sind neben Gesetzgebung sowie Regierungskontrolle die Artikulations- und Öffentlichkeitsfunktion. Das parlamentarische Budgetrecht ist das Herzstück jeder parlamentarischen Kontrolle. Im Rahmen der Einführung der Neuen Verwaltungssteuerung (NVS) muss das Parlament darauf bedacht sein, durch differenzierte Steuerungsinstrumente das parlamentarische Budgetrecht wahrzunehmen. Die Parlamentsverwaltung dient der Unterstützung des Parlaments, seiner Organe und seiner Mitglieder bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Rahmen der verfassungsrechtlich normierten Parlamentsfunktion. Das Oberziel der Parlamentsverwaltung lautet:

"Die politische Steuerungsfunktion des Parlaments sicherstellen."

Alle Produkte des Einzelplans 01 - Kapitel 01 01 - dienen der Umsetzung von Zielen, die zu dem Oberziel zusammengefasst sind.

Ziele	Plankosten 2014 1.000 EUR	Plankosten 2013 1.000 EUR	Plankosten 2012 1.000 EUR	Istkosten 2011 1.000 EUR
Ziel 1: Die Organisation des politischen Willensbildungsprozesses gewährleisten - Bereitstellung der Infrastruktur für das Parlament (Produkt-Nr. 1)	10.706,2	11.011,1	10.383,9	9.983,1
Ziel 2: Die Wahrnehmung des Initiativ- und Kontrollrechts des Parlaments sicherstellen - Begleitung von Gesetzgebungsverfahren und Initiativen (Produkt-Nr. 2)	2.972,9	2.954,3	2.728,4	3.137,5
Ziel 3: Das verfassungsmäßige Petitionsrecht sicherstellen - Begleitung von Petitionen (Produkt-Nr. 3)	874,1	904,5	954,9	880,3
Ziel 4: Die Öffentlichkeitsfunktion des Parlaments optimieren - Protokollanlässe und Öffentlichkeitsarbeit (Produkt-Nr. 4)	794,3	710,9	880,7	623,5
- Besucherdienst, Eigenveranstaltungen und politische Bildung (Produkt-Nr. 5)	2.065,1	1.856,6	1.673,8	1706,2

Oberziel des Hessischen Datenschutzbeauftragten

Hessen hat die Institution des Hessischen Datenschutzbeauftragten geschaffen und ihm mit dem Hessischen Datenschutzgesetz Aufgaben zugewiesen, die er in völliger Unabhängigkeit ausübt. Er ist dem Parlament und der Regierung über das Ergebnis seiner Tätigkeit berichtspflichtig. Der Hessische Datenschutzbeauftragte hat alle Dienststellen hessischer Gebietskörperschaften sowie die der Aufsicht dieser Stellen unterliegenden Institutionen, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen, datenschutzrechtlich zu prüfen und zu beraten, Bürgeranfragen zu behandeln, die technische Entwicklung zu beobachten, Informationen bereitzustellen sowie gesetzgeberische und administrative Vorhaben beratend zu begleiten. Er ist auch Aufsichtsbehörde für den Datenschutz im nicht öffentlichen Bereich nach § 38 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) und hat die Ordnungswidrigkeiten nach § 43 BDSG und § 16 Telemediengesetz (TMG) zu verfolgen.

Mit seiner Aufgabenerfüllung verfolgt er das Oberziel:

"Zur Wahrung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung, zur Erreichung einer in datenschutzrechtlicher Hinsicht auf Dauer sicheren, grundrechtskonformen und bürger- bzw. kundenfreundlichen Verwaltung und Unternehmenskultur beitragen."

Ziele	Plankosten 2014 1.000 EUR	Plankosten 2013 1.000 EUR	Plankosten 2012 1.000 EUR	Istkosten 2011 1.000 EUR
Ziel 1: Den Schutz des grundgesetzlich garantierten Rechts auf informationelle Selbstbestimmung bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch Dienststellen hessischer Gebietskörperschaften und durch der Aufsicht dieser Stellen unterliegenden Institutionen, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen, sowie durch nicht öffentliche Stellen mit Sitz in Hessen, sicherstellen. - Beratung zum Datenschutz und Überwachung der Einhaltung von Datenschutzbestimmungen einschließlich Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach § 43 BDSG und § 16 TMG (Produkt-Nr. 6)	3.736,4	3.250,6	3.150,2	2.081,4
Ziel 2: Die Beachtung des grundgesetzlich garantierten Rechts auf informationelle Selbstbestimmung bei normativen Regelungsvorhaben und Entscheidungen sicherstellen. - Stellungnahme zu Normsetzungen / Initiativen / Anfragen aus dem Parlament (Produkt-Nr. 7)	481,6	420,6	409,8	269,4

E. Wesentliche Änderungen gegenüber dem Vorjahr:

Die in den Produktblättern der operativen Buchungskreise unter Nr. 7 dargestellte Kostenartenschichtung wird ab dem Haushaltsjahr 2013 durch ein neues Verrechnungsschema ermittelt. Dies sieht den exakten Ausweis der Produktkosten unterteilt nach Personal- und Sachkosten sowie nach Erlösen und Produktabgeltung vor. Daher entfallen die bislang ausgewiesenen "sonstige Kosten"; die "kalkulatorischen Kosten" werden den Sachkosten zugeordnet.

Kapitel 01 01

Einmalige und wiederkehrende Aufwendungen, die durch das Ende der 18. Wahlperiode und die Wahl des Hessischen Landtags der 19. Wahlperiode vorhersehbar entstehen, sind in den Ansätzen berücksichtigt. Die einmaligen Aufwendungen sind überwiegend für das Haushaltsjahr 2013 eingeplant, die wiederkehrenden Aufwendungen überwiegend ab dem Haushaltsjahr 2014.

Kapitel 01 03

Dem Hessischen Datenschutzbeauftragten ist zum 01.07.2011 die Zuständigkeit für den Datenschutz im nicht öffentlichen Bereich übertragen worden. Zur Bewältigung dieses Aufgabenzuwachses war eine deutliche Erweiterung des Personals und eine Erhöhung des Sachaufwandes erforderlich. Im Haushalt 2012 wurden die Personalkosten für die neuen Stellen nur teilweise angesetzt, weil das Personal erst zu rekrutieren war und dies nur sukzessive erfolgen konnte. Für 2013 müssen die Kosten für das gesamte Jahr veranschlagt werden. Demgegenüber sind die Kosten für die Miete nur geringfügig erhöht. Die Kosten für die Unterhaltung der Mietfläche sind erheblich reduziert, weil für 2013 keine großen Renovierungsmaßnahmen anfallen.

Im Jahr 2014 ergibt sich eine wesentliche Veränderung bei den Personalkosten durch den Wechsel im Amt des Datenschutzbeauftragten, der ab der neuen Wahlperiode durch einen hauptamtlichen Amtsinhaber besetzt wird. Bei den Sachkosten fällt ins Gewicht, dass der Mietvertrag für die - nicht ausreichende - Interimsfläche ausläuft und mit der Anmietung neuer Flächen mit einer Anfangsinvestition und einem höheren Mietvolumen gerechnet werden muss.

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010 Landtag

Wirtschaftsplan

Landtag

A. Vorbemerkungen

Der Wirtschaftsplan weist die Produkte, Leistungen und Projekte der Kanzlei des Landtags sowie die Aufwendungen für Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete und Hinterbliebene, für Fraktionen des Landtags und für Landesverbände der Parteien oder andere Träger von Wahlvorschlägen zu Landtagswahlen einschließlich der zugehörigen Erfolgs- und Finanzplanung aus:

Der Hessische Landtag besteht in der 18. Legislaturperiode aus 118 vom Volk gewählten Abgeordneten.

Der Landtag wählt den Präsidenten, seine Stellvertreter und die übrigen Mitglieder des Vorstandes (Art. 84 Hessische Verfassung - HV).

Der Präsident verwaltet die gesamten wirtschaftlichen Angelegenheiten des Landtags nach Maßgabe des Haushaltsgesetzes (Art. 86 HV).

Das Präsidium ist der Vorstand des Landtags im Sinne der Art. 84 und 86 HV. Es beschließt über die inneren Angelegenheiten des Landtags, soweit deren Regelung nicht der Präsidentin oder dem Präsidenten nach Art. 86 HV oder dem Ältestenrat vorbehalten ist (§ 46 Abs. 1 Geschäftsordnung des Hessischen Landtags - GOHLT). Das Präsidium stellt insbesondere den Voranschlag des Haushaltsplans für den Landtag fest und kann Vorschriften über die Benutzung der Einrichtungen des Landtags erlassen (§ 46 Abs. 2 GOHLT).

Der Direktor beim Landtag ist der ständige Vertreter des Präsidenten in Angelegenheiten der Kanzlei (§ 7 Abs. 4 GOHLT). Er leitet verantwortlich die Kanzlei.

Die Kanzlei des Landtags gliedert sich in ein Präsidialbüro und drei Abteilungen. Aufgabe der Kanzlei des Landtags ist die Unterstützung des Präsidenten bei der Durchführung seiner Verwaltungsaufgaben, die Vorbereitung der Sitzungen des Landtags und der Ausschüsse, die Entgegennahme von Gesetzentwürfen, Anträgen, sonstigen Vorlagen, Eingaben und anderen an den Landtag gerichteten Schriftstücken und deren vorbereitende Bearbeitung (§ 107 Abs. 1 GOHLT).

Die Kanzlei erbringt Leistungen im Rahmen von Protokollanlässen, Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen sowie zur Förderung politischer Bildung.

Die Kanzlei ermittelt und erbringt die Zahlungen an Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete und Hinterbliebene. Die Leistungen bestimmen sich nach dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Abgeordneten des Hessischen Landtags (Hessisches Abgeordnetengesetz – HessAbgG) in der jeweils in Kraft befindlichen Fassung.

Die Kanzlei ermittelt und erbringt die Leistungen an die Fraktionen, zu denen sich die Mitglieder des Landtags zusammengeschlossen haben. Die Leistungen an die Fraktionen bestimmen sich nach dem Gesetz über die Rechtstellung und Finanzierung der Fraktionen im Hessischen Landtag (Hessisches Fraktionsgesetz) in der jeweils in Kraft befindlichen Fassung. Die Höhe der Mittel nach § 3 Hessisches Fraktionsgesetz sowie die Leistungen nach § 2 Abs. 2 Hessisches Fraktionsgesetz für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 wird mit diesem Haushaltsplan vorgegeben (siehe "Erläuterungen Erfolgsplan", Abschnitt "Mittel zur Wahrnehmung der Aufgaben der Fraktionen").

Die Kanzlei erbringt die Zahlungen an die Landesverbände der Parteien und sonstige Träger von Wahlvorschlägen nach Maßgabe des Parteiengesetzes und des Landtagswahlgesetzes.

Für die Kanzlei des Landtags wurden fünf Produkte

- Bereitstellung der Infrastruktur für das Parlament
 - Begleitung von Gesetzgebungsverfahren und Initiativen
 - Begleitung von Petitionen
 - Protokollanlässe und Öffentlichkeitsarbeit
 - Besucherdienst, Eigenveranstaltungen und politische Bildung
- gebildet und
- Externe Leistungen
 - Zwischenbehördliche Leistungen

definiert, die in den Erläuterungen zum Leistungsplan beschrieben werden.

Projekte werden nach Bedarf beschlossen.

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010 Landtag

Wirtschaftsplan

Die Aufwendungen nach dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Abgeordneten des Hessischen Landtags (Hessisches Abgeordnetengesetz – HessAbgG), nach dem Gesetz über die Rechtstellung und Finanzierung der Fraktionen im Hessischen Landtag (Hessisches Fraktionsgesetz), nach dem Gesetz über die Wahlen zum Landtag des Landes Hessen (Landtagswahlgesetz - LWG) und dem Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz - PartG) werden im Abschnitt "Kosten der Legislative" nachgewiesen.

Zum Buchungskreis 2010 gehört der Hessische Datenschutzbeauftragte, der einen eigenen Wirtschaftsplan aufstellt.

B. Bewirtschaftungsvermerke

Allgemein

Die Bewirtschaftung richtet sich grundsätzlich nach den Regeln der §§ 7a und 70 bis 72 und 74 bis 80 LHO und den dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften. Die in § 2 Haushaltsgesetz in Verbindung mit § 37 LHO für Produkte geltenden Regelungen sind für die Kosten der Legislative analog anzuwenden.

Leistungsplan

Die Ansätze der Produkte sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ansätze der Produkte sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Projekte.

Die Ansätze der Produkte sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Zwischenbehördlichen Leistungen.

Einnahmen, die im Rahmen von Sponsoring eingeworben werden, dürfen zur Verstärkung der Produkte 4 und 5 verwendet werden.

Die Kosten der Legislative sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Arbeit der Kanzlei des Landtags wird weitestgehend durch die Anforderungen der Abgeordneten (Kontrolle der Landesregierung durch Initiativen, Ausrichtung von Protokollanlässen und Veranstaltungen u.ä.), sowie der Bürger (Petitionsrecht) bestimmt. Die Abgeordneten sind in ihren Entscheidungen völlig unabhängig (Art. 38 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 77 HV). Somit muss die Kanzlei flexibel und möglichst zeitnah die ihr gestellten und von ihr nicht steuerbaren Aufgaben erfüllen. In den Erläuterungen der Produktblätter finden sich deshalb keine Kennzahlen.

Interne Steuerungsinstrumente sind demgegenüber vorhanden.

Erfolgsplan

50 v.H. des managementbedingt entstandenen Jahresüberschusses aus laufenden Geschäften können in eine Gewinnrücklage (Verwaltungsrücklage) eingestellt werden. Im Übrigen erfolgt eine Gewinnabführung an den Landeshaushalt. Ausnahmen sind zulässig; sie bedürfen der Zustimmung des Ministeriums der Finanzen.

Einnahmen, die im Rahmen von Sponsoring eingeworben werden, werden bei der Ermittlung des Jahresüberschusses wie Einnahmen aus laufenden Geschäften behandelt.

Das Jahresergebnis Legislative ist Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen nicht zugänglich, weil die umfassten Aufwendungen gesetzliche Ansprüche abdecken, deren Erfüllung oder Inanspruchnahme nicht steuerbar ist. Aufgrund dessen ist die Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen durch eine Gewinnabführung oder eine Verlustübernahme an den Landeshaushalt auszugleichen.

Finanzplan

Die Mittel sind gegenseitig deckungsfähig. Die in den Erläuterungen genannten Einzelinvestitionen sind nicht verbindlich.

Für nicht realisierte Investitionen kann die Forderung aus Transferleistung auf neue Rechnung vorgetragen werden.

C. Haushaltsvermerke zum kameralen Rumpfhaushalt

Siehe kameralen Haushalt.

Zum 31.12.2011 bestehen eine Allgemeine Rücklage in Höhe von 378.908,14 EUR und eine Investitionsrücklage in Höhe von 1.597.019,20 EUR.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan

- Beträge in 1.000 EUR -

Nr	neu / weg- gef.	Bezeichnung	Soll 2014						
			Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt- kosten
Produkte									
1		Bereitstellung der Infrastruktur für das Parlament	15.299	10.706,2	1.516,1	9.190,1	-	15.230	11.011,1
2		Begleitung von Gesetzgebungsverfahren und Initiativen	30.652	2.972,9	8,3	2.964,6	-	31.096	2.954,3
3		Begleitung von Petitionen	8.506	874,1	2,7	871,4	-	9.239	904,5
4		Protokollanlässe und Öffentlichkeitsarbeit	6.762	794,3	2,0	792,3	-	6.522	710,9
5		Besucherdienst, Eigenveranstaltungen und politische Bildung	12.714	2.065,1	31,7	2.033,4	-	11.365	1.856,6
Summe Produkte				17.412,6	1.560,8	15.851,8	-		17.437,4
Projekte									
1		Enquetekommission Integration	-	-	-	-	-	1	228,0
2		Untersuchungsausschuss 18/1	-	-	-	-	-	-	-
3		Untersuchungsausschuss 18/2	-	-	-	-	-	-	-
4	neu	Enquetekommission	1	134,2	0,2	134,0	-	-	-
Summe Projekte				134,2	0,2	134,0	-		228,0
Externe Leistungen									
1		Herstellung, Druck und Kopie für Externe	12.000	38,4	38,4	-	-	12.000	38,4
Summe Externe Leistungen				38,4	38,4	-	-		38,4
Zwischenbehördliche Leistungen									
1		Ausbildung von Rechtsreferendaren	47	4,6	-	4,6	-	94	8,5
2		Unterstützungsleistungen für andere Buchungskreise	-	-	-	-	-	-	-
3		Veranstaltungen, Pressekonferenzen	-	-	-	-	-	-	-
4		Durchführung von Veranstaltungen für andere Buchungskreise	1.190	72,2	0,1	72,1	-	1.190	68,4
Summe Zwischenbehördliche Leistungen				76,8	0,1	76,7	-		76,9
Gesamtsumme				17.662,0	1.599,5	16.062,5	-		17.780,7

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag

Wirtschaftsplan

Leistungsplan

- Beträge in 1.000 EUR -

Soll 2013			Soll 2012					Ist 2011				
Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis
1.516,0	9.495,1	-	15.278	10.383,9	1.261,1	9.122,8	-	16.288	9.983,1	1.138,3	9.144,9	300,1
8,4	2.945,9	-	31.318	2.728,4	-	2.728,4	-	31.313	3.137,5	-	3.025,8	-111,7
2,7	901,8	-	10.855	954,9	-	954,9	-	9.099	880,3	-	998,1	117,8
2,0	708,9	-	7.825	880,7	-	880,7	-	5.372	623,5	-	609,5	-14,0
31,7	1.824,9	-	13.009	1.673,8	-	1.673,8	-	9.990	1.706,2	1,7	1.926,8	222,3
1.560,8	15.876,6	-		16.621,7	1.261,1	15.360,6	-		16.330,6	1.140,0	15.705,1	514,5
0,3	227,7	-	1	146,0	-	146,0	-	1	144,8	-	272,2	127,4
-	-	-	1	53,5	-	53,5	-	1	275,4	-	263,6	-11,8
-	-	-	1	117,6	-	117,6	-	1	79,5	-	78,1	-1,4
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
0,3	227,7	-		317,1	-	317,1	-		499,7	-	613,9	114,2
38,4	-	-	1.000	6,8	6,8	-	-	2.034	3,5	13,3	-	9,8
38,4	-	-		6,8	6,8	-	-		3,5	13,3	-	9,8
-	8,5	-	80	6,6	-	6,6	-	7	1,0	-	-	-1,0
-	-	-	-	-	-	-	-	-	57,6	57,6	-	-
-	-	-	125	15,3	-	15,3	-	81	13,2	-	11,3	-1,9
0,1	68,3	-	601	44,7	-	44,7	-	1.196	84,4	-	73,9	-10,5
0,1	76,8	-		66,6	-	66,6	-		156,2	57,6	85,2	-13,4
1.599,6	16.181,1	-		17.012,2	1.267,9	15.744,3	-		16.990,0	1.210,9	16.404,2	625,1

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag

Wirtschaftsplan

Leistungsplan

- Beträge in 1.000 EUR -

Nr	neu / weg- gef.	Kosten der Legislative*	Soll 2014						
			Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Aufwands- abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt- kosten
1		Entschädigungsleistungen für Abgeordnete	-	31.064,6	-	31.064,6	-	-	32.954,6
2		Zahlungen an Fraktionen und Parteien	-	8.762,1	-	8.762,1	-	-	8.762,1
3		Alterssicherung für ehemalige Abgeordnete	-	7.442,0	1.533,0	5.909,0	-	-	6.587,0
4		Übergangsleistungen für ehemalige Abgeordnete	-	830,0	-	830,0	-	-	43,0
Summe				48.098,7	1.533,0	46.565,7	-		48.346,7

* Die Beträge in der folgenden Darstellung enthalten - im Gegensatz zum Bereich Produkte, Projekte, externe und zwischenbehördliche Leistungen - zusätzlich zu betriebsbedingten Kosten und Erlösen auch CO-neutrale Bestandteile.

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag

Wirtschaftsplan

Leistungsplan

- Beträge in 1.000 EUR -

Soll 2013			Soll 2012					Ist 2011				
Eigene Erlöse	Aufwandsabgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamtkosten	Eigene Erlöse	Aufwandsabgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamtkosten	Eigene Erlöse	Aufwandsabgeltung	Ergebnis
-	32.954,6	-	-	26.927,4	-	26.927,4	-	-	28.080,0	-	28.080,0	-
-	8.762,1	-	-	8.597,5	-	8.597,5	-	-	8.408,4	-	8.408,4	-
1.533,0	5.054,0	-	-	5.698,3	-	5.698,3	-	-	5.557,1	-	5.557,1	-
-	43,0	-	-	73,6	-	73,6	-	-	4,9	-	4,9	-
1.533,0	46.813,7	-		41.296,8	-	41.296,8	-		42.050,4	-	42.050,4	-

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 1:

Bezeichnung: Bereitstellung der Infrastruktur für das Parlament

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Hessische Verfassung, Abgeordnetengesetz, Geschäftsordnung des Hessischen Landtags, Parteiengesetz, Fraktionsgesetz, Vertrag von Lissabon, Vereinbarung zwischen dem Hessischen Landtag und der Hessischen Landesregierung betreffend Unterrichtung in EU-Angelegenheiten, usw.

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Mit diesem Produkt werden die Rahmenbedingungen für Abgeordnete für die Arbeit im Parlament geschaffen sowie Verwaltungsdienstleistungen für Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete und Fraktionen erbracht.

3.2 Leistungen zum Produkt

- Repräsentanz des Landtags nach außen
- Kontakte zu Partnerregionen, insbesondere in der EU
- Politische Zuarbeit, soweit die Repräsentanz des Landtags in Gremien dies erfordert
- Rechtsberatung der Abgeordneten in Parlamentsangelegenheiten
- Berechnung der Entschädigungszahlungen, von Übergangsgeld, Versorgungszahlungen, Beihilfe, Reisekosten u.a.
- Informationsvermittlung (Bibliotheksdienst, Landtagsinformationssystem, Pressespiegel)
- Betreuung des Vereins der Ehemaligen
- Personalwirtschaftliche Betreuung der Mitarbeiter von Abgeordneten
- Bereitstellung und Unterhaltung von Büro- u. Sitzungsräumen
- Fahrdienste
- Bereitstellung von IT Hard- und Software
- Bearbeitung und Prüfung von Fraktions-/Parteienfinanzierung
- Budgetbüro

4. Bezug zu politischen Zielen

Zielsystem "Wahrung der politischen Steuerungsfunktion des Parlaments"

Ziel "Die Organisation des politischen Willensbildungsprozesses gewährleisten"

5. Empfänger

Das Parlament.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2012	Ist 2011	Ist 2010	Ist 2009
6.1 Zählgröße/Menge							
Beratungseinheiten	BE	15.299	15.230	15.278	16.288	15.882	14.737
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)							
-							
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)							
6.3.1 Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen							
Produktabgeltung je Menge	EUR	600,70	623,44	597,12	561,45	554,88	617,19
6.3.2 Infrastrukturkosten optimieren							
Durchschnittlicher Aufwand pro Landtagsmandat	EUR			77.312	74.956	67.906	74.375
Durchschnittlicher Aufwand pro betreuten Abgeordneten-IT-Arbeitsplatz	EUR			5.843	5.749	5.853	6.012

Erläuterung von Kennzahlen

Kennzahlen zur Leistungswirkung und Finanzwirtschaft (außer 6.3.1) werden nicht mehr im Haushaltsplan ausgebracht (siehe Bewirtschaftungsvermerke zum Leistungsplan).

Bei der Kennzahl "Durchschnittlicher Aufwand pro betreuten Abgeordneten-IT-Arbeitsplatz" werden nur die Kosten für die Anmietung und Betreuung der Arbeitsplätze sowie die Leitungskosten ausgewiesen. Nicht enthalten sind die anteiligen Kosten der Infrastruktur inkl. Serverfarm im Landtag.

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2014 EUR	Soll 2013 EUR	Soll 2012 EUR	Ist 2011 EUR
Personalkosten	5.656.700	5.760.700	1.643.108	1.723.730
Sachkosten	5.049.500	5.250.400	1.061.355	1.047.674
Kalkulatorische Kosten	-	-	968.574	972.347
Sonstige Kosten *	-	-	6.710.821	6.239.333
Gesamtkosten	10.706.200	11.011.100	10.383.858	9.983.084
Erlöse	1.516.100	1.516.000	1.261.066	1.138.294
Produktabgeltung	9.190.100	9.495.100	9.122.792	9.144.915
Ergebnis		-	-	300.125

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 2:

Bezeichnung: Begleitung von Gesetzgebungsverfahren und Initiativen

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Hessische Verfassung, Bundesgesetze, Landesgesetze, Geschäftsordnung des Hessischen Landtags usw.

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

- Mit diesem Produkt wird der Ablauf der parlamentarischen Initiativen und des Gesetzgebungsverfahrens innerhalb des Parlaments gewährleistet.

3.2 Leistungen zum Produkt

- Geschäftsmäßige Bearbeitung von Gesetzesinitiativen und diese betreffende Anträge
- Geschäftsmäßige Bearbeitung von parlamentarischen Initiativen
- Geschäftsführung Ältestenrat
- Geschäftsführung Plenum
- Begleitung von Wahlen interner und externer Gremien
- Geheimschutz
- Geschäftsführung der Fachausschüsse
- Geschäftsführung der Enquetekommissionen
- Bearbeitung und Erstellung von Ausschussprotokollen, Plenarprotokollen, Protokollen für die Enquetekommissionen, Untersuchungsausschüsse und für Präsidium und Ältestenrat
- Sitzungsdienst Plenum
- Organisation und Durchführung von Anhörungen
- Parlamentsdokumentation
- Reisemanagement im Gesetzgebungsverfahren (Ausschussreisen)
- Herstellung und Druck von Protokollen und Drucksachen
- Planung und Einführung von Workflow

4. Bezug zu politischen Zielen

Zielsystem "Wahrung der politischen Steuerungsfunktion des Parlaments"
Ziel "Die Wahrnehmung des Initiativ- und Kontrollrechts des Parlaments sicherstellen"

5. Empfänger

Parlament, Landesregierung, Öffentlichkeit

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2012	Ist 2011	Ist 2010	Ist 2009
6.1 Zählgröße/Menge							
Beratungseinheiten	BE	30.652	31.096	31.318	31.313	29.288	26.982
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)							
-							
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)							
6.3.1 <u>Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen</u>							
Produktabgeltung je Menge	EUR	96,72	94,74	87,12	96,63	91,92	100,20
6.3.2 <u>Bearbeitungskosten optimieren</u>							
Durchschnittliche Kosten einer Plenarsitzungsstunde	EUR			12.402	14.261	12.985	13.355
Durchschnittliche Kosten einer Initiative	EUR			1.060	1.497	1.327	1.239

Erläuterung von Kennzahlen

Kennzahlen zur Leistungswirkung und Finanzwirtschaft (außer 6.3.1) werden nicht mehr im Haushaltsplan ausgebracht (siehe Bewirtschaftungsvermerke zum Leistungsplan).

In der Kennzahl "Durchschnittliche Kosten einer Plenarsitzung" wird der Aufwand aller Leistungen, die zur Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung (inkl. Ausschusssitzungen und Anhörungen) einer Plenarsitzung notwendig sind, ausgewiesen (gesamter Leistungsumfang siehe Punkt 3.2 "Leistungen zum Produkt"). Die Kennzahl "Durchschnittliche Kosten einer Initiative" weist den Aufwand aller Leistungen vom Eingang der Initiative beim Landtag bis hin zur Ablage im Archiv aus.

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2014 EUR	Soll 2013 EUR	Soll 2012 EUR	Ist 2011 EUR
Personalkosten	2.369.000	2.368.300	1.511.632	1.487.889
Sachkosten	603.900	586.000	245.680	214.516
Kalkulatorische Kosten	-	-	37.455	43.221
Sonstige Kosten *	-	-	933.653	1.391.876
Gesamtkosten	2.972.900	2.954.300	2.728.420	3.137.502
Erlöse	8.300	8.400	-	-
Produktabgeltung	2.964.600	2.945.900	2.728.420	3.025.799
Ergebnis	-	-	-	-111.703

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 3:

Bezeichnung: Begleitung von Petitionen

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Hessische Verfassung, Geschäftsordnung des Hessischen Landtags, Gemeinsame Geschäftsordnung der Ministerien des Landes Hessen (GGO), Bundesgesetze, Landesgesetze usw.

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

- Mit dem Produkt wird die parlamentarische Bearbeitung von Petitionen sichergestellt.

3.2 Leistungen zum Produkt

- Bearbeitung von Petitionen
- Geschäftsführung und Protokolle für Petitionsausschuss und Vorprüfungskommission
- Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Petitionen
- Reisemanagement für Petitionsausschussreisen

4. Bezug zu politischen Zielen

Zielsystem "Wahrung der politischen Steuerungsfunktion des Parlaments"
Ziel "Das verfassungsmäßige Petitionsrecht sicherstellen"

5. Empfänger

Parlament, Petenten, Landesregierung, Bundestag und andere Landtage

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2012	Ist 2011	Ist 2010	Ist 2009
6.1 Zählgröße/Menge							
Beratungseinheiten	BE	8.506	9.239	10.855	9.099	8.402	8.136
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)							
-							
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)							
6.3.1 <u>Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen</u>							
Produktabgeltung je Menge	EUR	102,44	97,6	87,97	109,69	91,33	88,62
6.3.2 <u>Bearbeitungskosten optimieren</u>							
Durchschnittlicher Aufwand pro Petition	EUR			955	1.028	669	777

Erläuterung von Kennzahlen

Kennzahlen zur Leistungswirkung und Finanzwirtschaft (außer 6.3.1) werden nicht mehr im Haushaltsplan ausgebracht (siehe Bewirtschaftungsvermerke zum Leistungsplan).

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2014 EUR	Soll 2013 EUR	Soll 2012 EUR	Ist 2011 EUR
Personalkosten	690.200	720.800	529.070	446.515
Sachkosten	183.900	183.700	29.095	29.043
Kalkulatorische Kosten	-	-	5.510	11.847
Sonstige Kosten *	-	-	391.206	392.922
Gesamtkosten	874.100	904.500	954.881	880.327
Erlöse	2.700	2.700	-	-
Produktabgeltung	871.400	901.800	954.881	998.078
Ergebnis	-	-	-	117.751

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 4:

Bezeichnung: Protokollanlässe und Öffentlichkeitsarbeit

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Geschäftsordnung des Hessischen Landtags usw.

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

- Mit dem Produkt werden protokollarische Anlässe und offizielle Veranstaltungen des Landtags durchgeführt.

3.2 Leistungen zum Produkt

- Pressestelle im Hessischen Landtag
- Organisation der Teilnahme des Landtags am Hessentag
- Assistenztätigkeit für den Landtagspräsidenten
- Organisation und Durchführung von großen und kleinen Protokollanlässen
- Parlamentarischer Abend

4. Bezug zu politischen Zielen

Zielsystem "Wahrung der politischen Steuerungsfunktion des Parlaments"
Ziel "Die Öffentlichkeitsfunktion des Parlaments optimieren"

5. Empfänger

Parlament und Öffentlichkeit

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2012	Ist 2011	Ist 2010	Ist 2009
6.1 Zählgröße/Menge							
Beratungseinheiten	BE	6.762	6.522	7.825	5.372	6.658	6.268
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)							
-							
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)							
6.3.1 Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen							
Produktabgeltung je Menge	EUR	117,18	108,69	112,55	113,46	87,45	96,64
6.3.2 Kosten der "kleinen" Protokollanlässe optimieren / Ab 2012: Kosten der Protokollanlässe optimieren							
Durchschnittliche Kosten je "kleinem" Protokollanlass / Ab 2012: Durchschnittliche Kosten je Protokollanlass	EUR			1.713	2.521	2.137	2.420

Erläuterung von Kennzahlen

Kennzahlen zur Leistungswirkung und Finanzwirtschaft (außer 6.3.1) werden nicht mehr im Haushaltsplan ausgebracht (siehe Bewirtschaftungsvermerke zum Leistungsplan).

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2014 EUR	Soll 2013 EUR	Soll 2012 EUR	Ist 2011 EUR
Personalkosten	534.400	503.600	404.963	257.117
Sachkosten	259.900	207.300	195.013	143.227
Kalkulatorische Kosten	-	-	13.892	11.455
Sonstige Kosten *	-	-	266.853	211.720
Gesamtkosten	794.300	710.900	880.721	623.519
Erlöse	2.000	2.000	-	-
Produktabgeltung	792.300	708.900	880.721	609.533
Ergebnis	-	-	-	-13.986

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 5:

Bezeichnung: Besucherdienst, Eigenveranstaltungen und politische Bildung

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Geschäftsordnung des Hessischen Landtags usw.

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

- Mit dem Produkt wird die Darstellung des Landtags in der Öffentlichkeit sichergestellt.
- Ergänzend dazu soll ein Seminarprogramm für Besuchergruppen, insbesondere Schüler und Jugendliche, entwickelt werden.

3.2 Leistungen zum Produkt

- Betreuung der Landtagswebsite
- Besucherdienst und Führungen
- Organisation und Durchführung von Großveranstaltungen
- Organisation und Durchführung von Eigenveranstaltungen
- Verfassung und Herausgabe von Publikationen
- Organisation und Durchführung von Seminaren der politischen Bildung
- Entwicklung und Pflege der Abgeordnetendatenbank und des amtlichen Handbuchs
- Betreuung von Fremdveranstaltungen

4. Bezug zu politischen Zielen

Zielsystem "Wahrung der politischen Steuerungsfunktion des Parlaments"
Ziel "Die Öffentlichkeitsfunktion des Parlaments optimieren"

5. Empfänger

Parlament und Öffentlichkeit

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2012	Ist 2011	Ist 2010	Ist 2009
6.1 Zählgröße/Menge							
Beratungseinheiten	BE	12.714	11.365	13.009	9.990	11.879	8.681
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)							
-							

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

	Einheit	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2012	Ist 2011	Ist 2010	Ist 2009
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)							
6.3.1 <u>Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen</u>							
Produktabgeltung je Menge	EUR	159,93	160,57	128,67	192,87	146,21	236,26
6.3.2 <u>Finanzmittel zielgerichtet einsetzen</u>							
Durchschnittliche Kosten je Seminarteilnehmer	EUR			79	178	105	157
Durchschnittliche Kosten je Besucher	EUR			18	22	21	21

Erläuterung von Kennzahlen

Kennzahlen zur Leistungswirkung und Finanzwirtschaft (außer 6.3.1) werden nicht mehr im Haushaltsplan ausgebracht (siehe Bewirtschaftungsvermerke zum Leistungsplan).

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2014 EUR	Soll 2013 EUR	Soll 2012 EUR	Ist 2011 EUR
Personalkosten	838.400	734.300	607.004	456.813
Sachkosten	1.226.700	1.122.300	646.444	655.616
Kalkulatorische Kosten	–	–	126.569	130.030
Sonstige Kosten *	–	–	293.826	463.734
Gesamtkosten	2.065.100	1.856.600	1.673.843	1.706.193
Erlöse	31.700	31.700	–	1.650
Produktabgeltung	2.033.400	1.824.900	1.673.843	1.926.795
Ergebnis		–	–	222.252

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Projekt Nr. 1:

Bezeichnung: Enquetekommission "Integration"

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Beschluss des Landtags vom 6. Oktober 2009 (Drucksachen 18/1172 und 18/1159)

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung des Projekts

Aufgabe der Enquetekommission ist es, eine umfassende Bestandsaufnahme der Lebenssituationen von Menschen mit Migrationshintergrund in Hessen vorzunehmen und Vorschläge für die hessische Integrations- und Migrationspolitik zu machen. Dabei sollen insbesondere die mit Migration und Integration verbundenen Problemstellungen und Chancen herausgearbeitet und dargestellt werden. Migration kann zahlreiche wünschenswerte Effekte für die hessische Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und das Zusammenleben bedingen. Die Enquetekommission soll Konzepte entwickeln, wie Potenziale erfolgreicher erkannt, gefördert und nutzbar gemacht werden können.

Unverzichtbares Ziel ist es, die wirtschaftlichen, sozialen sowie im Bereich der Bildung und Ausbildung von Menschen mit Migrationshintergrund bestehenden Probleme nachhaltig zu lösen. Dabei soll auch untersucht werden, welche Probleme bei der Integration stärker soziale und welche stärker migrationsspezifische Ursachen haben und in welchem Maße der jeweilige Zeitpunkt der Migration nach Deutschland bzw. nach Hessen in diesem Zusammenhang berücksichtigt werden muss. Weiterhin sollen auf beiden Seiten bestehende Ängste und Vorbehalte untersucht werden. Dabei soll die besondere Bedeutung der Integrationsarbeit in den Kommunen untersucht und gelungene Beispiele empfohlen werden.

3.2 Fachleistung zum Projekt

- Organisation der Sitzungen der Enquetekommission
- Organisation von Anhörungen, Einholung von Stellungnahmen
- Protokollierung der Sitzungen
- Erstellung eines Abschlussberichts bzw. ggf. eines Zwischenberichts

4. Bezug zu politischen Zielen

Integration ist ein auf Wechselseitigkeit beruhender gesamtgesellschaftlicher Prozess und gleichzeitig eine kontinuierlich zu gestaltende politische Schlüsselaufgabe. Das Ziel einer erfolgreichen Integrationspolitik besteht darin, das gleichberechtigte Zusammenleben aller Menschen unabhängig von Herkunft, Religion und sozialem Hintergrund in einer gleichberechtigten Verantwortungsgemeinschaft auf der Grundlage der Werte des Grundgesetzes und im Geiste der Akzeptanz kultureller Vielfalt zu ermöglichen.

5. Empfänger

Abgeordnete, Fraktionen im Hessischen Landtag, Öffentlichkeit

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

Kennzahlen werden bei Projekten nicht ausgewiesen.

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2014 EUR	Soll 2013 EUR	Soll 2012 EUR	Ist 2011 EUR
Personalkosten	-	78.300	16.841	46.370
Sachkosten	-	149.700	121.806	66.268
Kalkulatorische Kosten	-	-	359	1.158
Sonstige Kosten *	-	-	6.991	30.954
Gesamtkosten	-	228.000	145.997	144.750
Erlöse	-	300	-	-
Produktabgeltung	-	227.700	145.997	272.153
Ergebnis	-	-	-	127.403

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Projekt Nr. 2:

Bezeichnung: Untersuchungsausschuss 18/1

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Beschluss zu Drucks. 18/1790 und 18/1833 in der 34. Plenarsitzung
Art. 92 HV, § 54 GOHLT

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung des Projekts

Der Untersuchungsausschuss hat den Auftrag, zu klären, inwieweit beim ehemaligen Finanzamt Frankfurt V mit dem Bankenverfahren betraute Steuerfahnder und -fahnderinnen sowie Steuerfahndungshelfer und -helferinnen durch das Verhalten der Verantwortlichen in der Steuerverwaltung veranlasst wurden, diese freiwillig oder unfreiwillig zu verlassen, um Repressalien durch den Dienstherrn zu entgehen. In Bezug auf vier mittlerweile in den Ruhestand versetzte Steuerfahnder ist zu klären, ob die einzelnen Verfahren zur Ruhestandsversetzung ordnungsgemäß und fehlerfrei durchgeführt worden sind oder ob diese gezielt aus dem Dienst entfernt werden sollten.

Die in diesem Zusammenhang festgestellten Verfahrensmängel und möglicherweise entstandenen Schäden für das Land sind ebenso aufzuzeigen, wie die in diesem Zusammenhang festgestellten Mängel in der Personalführung in der Steuerverwaltung.

Der Untersuchungsausschuss hat weiter den Auftrag, zu klären, warum die vier ehemals beim Finanzamt Frankfurt V tätigen Steuerbeamten aufgrund ihres dienstlichen oder außerdienstlichen Verhaltens sowie aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand versetzt wurden. Aufzuklären ist auch, ob, mit welchem Hintergrund und mit welchem Ergebnis von dritter Seite, insbesondere auch von Abgeordneten des Hessischen Landtags, Gespräche mit den vier Steuerbeamten im Zusammenhang mit der Inruhestandsversetzung und der Ergreifung etwaiger Rechtsmittel geführt wurden.

3.2 Fachleistung zum Projekt

- Ladung von Zeugen und Sachverständigen
- Organisation von Sitzungen
- Protokollierung von Sitzungen
- Wissenschaftliche Beratung

4. Bezug zu politischen Zielen

Kontrolle der Regierung

5. Empfänger

Abgeordnete, Fraktionen im Hessischen Landtag, Öffentlichkeit

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

Kennzahlen werden bei Projekten nicht ausgewiesen.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2014 EUR	Soll 2013 EUR	Soll 2012 EUR	Ist 2011 EUR
Personalkosten	-	-	13.924	65.852
Sachkosten	-	-	25.273	117.231
Kalkulatorische Kosten	-	-	696	3.178
Sonstige Kosten *	-	-	13.570	89.153
Gesamtkosten	-	-	53.463	275.414
Erlöse	-	-	-	-
Produktabgeltung	-	-	53.463	263.647
Ergebnis	-	-	-	-11.767

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Projekt Nr. 3:

Bezeichnung: Untersuchungsausschuss 18/2

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Beschluss zu Drucks. 18/2140 und 18/2158 in der 40. Plenarsitzung
Art. 92 HV, § 54 GOHLT

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung des Projekts

Der Untersuchungsausschuss hat den Auftrag, aufzuklären, welche Umstände zu der aktuellen Besetzung der Position der Präsidenten des Hessischen Bereitschaftspolizeipräsidiums geführt haben, und ob die Landesregierung das Parlament und die Öffentlichkeit wahrheitsgemäß und vollständig über diese Vorgänge informiert hat.

3.2 Fachleistung zum Projekt

- Ladung von Zeugen und Sachverständigen
- Organisation von Sitzungen
- Protokollierung von Sitzungen
- Wissenschaftliche Beratung

4. Bezug zu politischen Zielen

Kontrolle der Regierung

5. Empfänger

Abgeordnete, Fraktionen im Hessischen Landtag, Öffentlichkeit

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

Kennzahlen werden bei Projekten nicht ausgewiesen.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2014 EUR	Soll 2013 EUR	Soll 2012 EUR	Ist 2011 EUR
Personalkosten	-	-	25.284	12.897
Sachkosten	-	-	64.945	44.692
Kalkulatorische Kosten	-	-	1.337	1.350
Sonstige Kosten *	-	-	26.053	20.567
Gesamtkosten	-	-	117.619	79.506
Erlöse	-	-	-	-
Produktabgeltung	-	-	117.619	78.106
Ergebnis	-	-	-	-1.400

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Projekt Nr. 4:

Bezeichnung: Enquetekommission

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

-

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung des Projekts

-

3.2 Fachleistung zum Projekt

- Organisation der Sitzungen der Enquetekommission
- Organisation von Anhörungen, Einholung von Stellungnahmen
- Protokollierung der Sitzungen
- Erstellung eines Abschlussberichts bzw. ggf. eines Zwischenberichts

4. Bezug zu politischen Zielen

-

5. Empfänger

Abgeordnete, Fraktionen im Hessischen Landtag, Öffentlichkeit

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

Kennzahlen werden bei Projekten nicht ausgewiesen.

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2014 EUR	Soll 2013 EUR	Soll 2012 EUR	Ist 2011 EUR
Personalkosten	79.100	-	-	-
Sachkosten	55.100	-	-	-
Kalkulatorische Kosten	-	-	-	-
Sonstige Kosten *	-	-	-	-
Gesamtkosten	134.200	-	-	-
Erlöse	200	-	-	-
Produktabgeltung	134.000	-	-	-
Ergebnis	-	-	-	-

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

Erläuterungen zu externer Leistung Nr. 1:

Bezeichnung: Herstellung, Druck und Kopie für Externe

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Bestellung von Externen und Genehmigung durch den Landtagspräsidenten

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der externen Leistung

- Herstellung von Druckerzeugnissen

3.2 Fachleistungen zur externen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

-

5. Empfänger

Abgeordnete, Fraktionen im Hessischen Landtag

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2012	Ist 2011	Ist 2010	Ist 2009
6.1 Zählgröße/Menge							
je 100 bedruckte Seiten	Stück	12.000	12.000	1.000	2.034	1.067	233
Anzahl Stunden (informativ)	BE			20	58	28	2
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)							
-							
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)							
-							

Erläuterung zu Mengen

Nach der Einführung eines neuen Verrechnungsschemas wird die Anzahl der Stunden nicht mehr zusätzlich erfasst.

Erläuterung zu Kennzahlen

Qualitätskennzahlen werden zu Externen Leistungen in der Regel nicht ausgewiesen.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 1:

Bezeichnung: Ausbildung von Rechtsreferendaren

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Justizausbildungsverordnung

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

- Während ihrer Referendarzeit absolvieren die Rechtsreferendare einen Ausbildungsabschnitt (Pflichtwahlstation) in verschiedenen Bereichen der Kanzlei des Landtags.

3.2 Fachleistung zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

-

5. Empfänger

Hessisches Ministerium der Justiz bzw. Rechtsreferendare

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2012	Ist 2011	Ist 2010	Ist 2009
6.1 Zählgröße/Menge							
Beratungseinheiten	BE	47	94	80	7	0	0
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)							
-							
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)							
6.3.1 <u>Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen</u>							
Produktabgeltung je Menge	EUR	96,81	90,56	82,30	0	0	0

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2014 EUR	Soll 2013 EUR	Soll 2012 EUR	Ist 2011 EUR
Personalkosten	3.900	7.200	4.289	423
Sachkosten	700	1.300	160	67
Kalkulatorische Kosten	–	–	100	19
Sonstige Kosten *	–	–	2.035	535
Gesamtkosten	4.600	8.500	6.584	1.044
Erlöse	–	–	–	–
Produktabgeltung	4.600	8.500	6.584	–
Ergebnis	–	–	–	-1.044

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 2:

Bezeichnung: Unterstützungsleistungen für andere Buchungskreise

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Nach Zustimmung durch den Landtagspräsidenten

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

- Unterstützung anderer Buchungskreise bei der Erledigung ihrer Aufgaben

3.2 Fachleistung zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

-

5. Empfänger

Ressorts und andere Organisationen der Landesregierung

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2012	Ist 2011	Ist 2010	Ist 2009
6.1 Zählgröße/Menge							
Beratungseinheiten	BE	0	0	0	0	6	0
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)							
-							
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)							
-							

Qualitätskennzahlen werden zu Zwischenbehördlichen Leistungen in der Regel nicht ausgewiesen.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2014 EUR	Soll 2013 EUR	Soll 2012 EUR	Ist 2011 EUR
Personalkosten	-	-	-	57.647
Sachkosten	-	-	-	-
Kalkulatorische Kosten	-	-	-	-
Sonstige Kosten *	-	-	-	-
Gesamtkosten	-	-	-	57.647
Erlöse	-	-	-	57.647
Produktabgeltung	-	-	-	-
Ergebnis	-	-	-	-

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 3:

Bezeichnung: Veranstaltungen, Pressekonferenzen

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Nach Zustimmung durch den Landtagspräsidenten

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

-Organisation und Durchführung von Pressekonferenzen

3.2 Fachleistung zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

-

5. Empfänger

Ressorts und andere Organisationen der Landesregierung

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2012	Ist 2011	Ist 2010	Ist 2009
6.1 Zählgröße/Menge							
Beratungseinheiten	BE	0	0	125	81	140	54
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)							
-							
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)							
6.3.1 <u>Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen</u>							
Produktabgeltung je Menge	EUR	0	0	122,73	139,36	16,48	184,31

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2014 EUR	Soll 2013 EUR	Soll 2012 EUR	Ist 2011 EUR
Personalkosten	-	-	6.241	3.606
Sachkosten	-	-	193	362
Kalkulatorische Kosten	-	-	6.437	6.865
Sonstige Kosten *	-	-	2.470	2.394
Gesamtkosten	-	-	15.341	13.227
Erlöse	-	-	-	-
Produktabgeltung	-	-	15.341	11.288
Ergebnis	-	-	-	-1.939

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 4:

Bezeichnung: Durchführung von Veranstaltungen für andere Buchungskreise

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Nach Zustimmung durch den Landtagspräsidenten

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

- Organisation und Durchführung von Veranstaltungen im Auftrag der Landesregierung

3.2 Fachleistung zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

-

5. Empfänger

Hessische Landesregierung

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2012	Ist 2011	Ist 2010	Ist 2009
6.1 Zählgröße/Menge							
Beratungseinheiten	BE	1.190	1.190	601	1.196	493	381
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)							
-							
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)							
6.3.1 <u>Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen</u>							
Produktabgeltung je Menge	EUR	60,59	57,39	74,41	61,75	54,72	149,01

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2014 EUR	Soll 2013 EUR	Soll 2012 EUR	Ist 2011 EUR
Personalkosten	64.600	61.200	28.992	49.566
Sachkosten	7.600	7.200	1.967	1.784
Kalkulatorische Kosten	-	-	357	735
Sonstige Kosten *	-	-	13.404	32.329
Gesamtkosten	72.200	68.400	44.720	84.414
Erlöse	100	100	-	-
Produktabgeltung	72.100	68.300	44.720	73.858
Ergebnis	-	-	-	-10.556

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag

Wirtschaftsplan

Erfolgsplan

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2014 EUR	Soll 2013 EUR	Soll 2012 EUR	Ist 2011 EUR
1	50/51	Umsatzerlöse und Erträge aus Verwaltungstätigkeit	1.500	1.500	–	1.650
	500-509, 519	Umsatzerlöse und Erlösminderungen	1.500	1.500	–	1.650
	510-518	Gebühren und Leistungsentgelte aus Verwaltungstätigkeit; Sonstige Erträge	–	–	–	–
1a	544	Erträge aus Produktabgeltungen	16.062.500	16.181.100	15.744.300	16.404.171
2	520-524	Bestandsveränderungen	–	–	–	–
3	525-529	aktivierte Eigenleistungen	–	–	–	–
4	530-539	Sonstige betriebliche Erträge	211.000	211.100	207.300	304.188
		Betriebsertrag	16.275.000	16.393.700	15.951.600	16.710.009
5	60/61	Bezogene Waren und Leistungen	2.170.400	2.198.200	2.053.000	2.081.598
	600-604	Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe etc.	–	–	–	–
	605	Aufwendungen für Energie und Wasser	665.100	665.100	616.400	601.825
	606-609	Sonstige Aufwendungen (Waren)	272.500	272.700	235.800	245.589
	616	Aufwendungen für Fremdinstandhaltung	965.700	945.700	777.500	889.133
	610-615, 617, 619	Sonstige Aufwendungen (Leistungen)	267.100	314.700	423.300	345.051
	618	Aufwandsberichtigungen	–	–	–	–
6	620-649	Personalaufwand	10.254.900	10.252.900	10.101.500	9.990.263
	620-629	Entgelte	3.810.800	3.918.000	3.940.400	4.062.594
	630-639	Bezüge	4.191.700	4.080.800	4.036.000	3.862.624
	640-649	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	2.252.400	2.254.100	2.125.100	2.065.045
7	660-669	Abschreibungen	1.611.800	1.581.900	1.544.100	1.663.966
8	650-659, 670-709	Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.543.300	3.662.000	3.510.000	3.552.736
	650-659	Sonstige mittelbare Personalaufwendungen	165.300	165.200	163.100	194.331
	670-679	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	2.112.100	2.352.100	2.371.700	2.496.908
	680-689	Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reisen, Werbung	1.248.400	1.127.200	956.400	845.147
	690-699	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges sowie Wertkorrekturen	11.200	11.200	11.500	10.501
	700-709	Betriebliche Steuern	6.300	6.300	7.300	5.849
8a	718	Aufwendungen aus Produktabgeltung	–	–	–	–
		Betriebsaufwand	17.580.400	17.695.000	17.208.600	17.288.563
		Eigenergebnis	-1.305.400	-1.301.300	-1.257.000	-578.554

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag

Wirtschaftsplan

Erfolgsplan

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2014 EUR	Soll 2013 EUR	Soll 2012 EUR	Ist 2011 EUR
9	540-543, 545-549	betriebliche Erträge aus Transferleistungen	1.387.000	1.387.000	1.261.100	1.195.941
10	550-559	Steuererträge und steuerähnliche Erträge	-	-	-	-
		Steuererträge und Leistungsabgeltung	1.387.000	1.387.000	1.261.100	1.195.941
11	710-717, 719	Betrieblicher Aufwand aus Transferleistungen	-	-	-	-
12	720-729	Steueraufwand und ähnliche Aufwendungen	-	-	-	-
		Leistungstransfers	-	-	-	-
		Steuer- und Leistungsergebnis	1.387.000	1.387.000	1.261.100	1.195.941
		Verwaltungsergebnis	81.600	85.700	4.100	617.387
13	560-569	Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-
14	570-579	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	-	-	2
		Finanzertrag	-	-	-	2
15	740-749	Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens und Verluste aus entsprechenden Abgängen	-	-	-	-
16	750-769	Zinsen und ähnliche Aufwendungen, Aufwand aus Verlustübernahme	81.600	85.700	4.100	71.698
		Finanzaufwand	81.600	85.700	4.100	71.698
		Finanzergebnis	-81.600	-85.700	-4.100	-71.696
		Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-	-	-	545.691
17	590-599	Außerordentliche Erträge, Erträge aus Verlustübernahme	229.000	600.000	155.000	814
		Außerordentlicher Ertrag	229.000	600.000	155.000	814
18	730-739, 790-799	Außerordentlicher Aufwand, Aufwand aus Gewinnabführungen, Aufwendungen für sonstige Leistungen Dritter	229.000	600.000	155.000	546.505
		Außerordentlicher Aufwand	229.000	600.000	155.000	546.505
		Außerordentliches Ergebnis	-	-	-	-545.691
19	580-589	(durchlaufende) Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen, für Investitionen und besondere Finanzeinnahmen	-	-	-	-
		Transferzuwendungen	-	-	-	-
20	780-789	(durchlaufende) Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse, für Investitionen und besondere Finanzausgaben	-	-	-	-
		Transferzahlungen	-	-	-	-
		Transferergebnis	-	-	-	-
		Neutrales Ergebnis	-	-	-	-545.691
21	770-779	Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	-	-	-
		Jahresergebnis	-	-	-	-

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Erfolgsplan

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2014 EUR	Soll 2013 EUR	Soll 2012 EUR	Ist 2011 EUR
22	531, 538, 544, 548	Abteilungen für Abgeordnete, Fraktionen und Parteien	48.098.700	48.346.700	41.296.800	44.710.565
	531	Erträge aus Personalgestellung	–	–	–	–
	538	Erträge Herabsetzung Rückstellungen Legislative	1.533.000	1.533.000	–	2.623.482
	544	Abteilung für Aufwand für Abgeordnete, Fraktionen und Parteien	46.565.700	46.813.700	41.296.800	42.050.393
	548	Erstattungen Legislative	–	–	–	36.690
		Summe Erträge Legislative	48.098.700	48.346.700	41.296.800	44.710.565
23	658	Aufwand für Abgeordnete, Fraktionen und Parteien	39.143.100	40.329.100	35.768.700	43.349.032
		Summe Aufwand Legislative	39.143.100	40.329.100	35.768.700	43.349.032
		Ergebnis Legislative	8.955.600	8.017.600	5.528.100	1.361.533
24	576	Zinserträge Legislative	–	–	–	–
		Finanzertrag Legislative	–	–	–	–
25	757	Zinsenaufwand Legislative	7.993.000	7.055.000	5.528.100	6.109.799
		Finanzaufwand Legislative	7.993.000	7.055.000	5.528.100	6.109.799
		Finanzergebnis	-7.993.000	-7.055.000	-5.528.100	-6.109.799
26	539, 595	Außerordentliche Erträge Legislative, Ertrag Verlustausgleich	–	–	–	5.710.885
		Außerordentliche Erträge Legislative	–	–	–	5.710.885
27	790, 791	Außerordentliche Aufwendungen Legislative, Aufwand aus Gewinnabführung	962.600	962.600	–	962.619
		Außerordentliche Aufwendungen Legislative	962.600	962.600	–	962.619
		Außerordentliches Ergebnis Legislative	-962.600	-962.600	–	4.748.266
		Jahresergebnis Legislative	–	–	–	–

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Erläuterungen Erfolgsplan

1. Standarderläuterungen

Im aus der Kostenrechnung generierten Leistungsplan und dem auf der Grundlage der Finanzbuchhaltung erstellten Erfolgsplan sind kostenmindernde Erlöse unterschiedlich darzustellen. Diese Erlöse sind im Leistungsplan bereits mit Kosten saldiert ausgewiesen, während der Ausweis im Erfolgsplan entsprechend den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung nicht saldiert erfolgt.

Im Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Erfolgsplans sind keine kostenmindernden Erlöse enthalten, die die Kosten des Leistungsplans vermindert haben.

Entgelte zentraler Dienstleister

Für Leistungen zentraler Dienstleister sind in den Aufwandpositionen des Erfolgsplans folgende Beträge geplant worden:

Dienstleister	2014 in EUR	2013 in EUR
Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main (KFZ-Selbstversicherung)	2.600	2.600
Hessische Zentrale für Datenverarbeitung (HZD)	440.600	432.600
Hessisches Competence Center (HCC)	139.300	139.300
Hessische Bezügestelle (HBS)	125.100	125.100

Neutrale Aufwendungen / Erträge

Betrag	229.000	600.000
--------	---------	---------

Es ist die Inanspruchnahme von Mitteln aus der kameralen Investitionsrücklage eingeplant, um den Landeshaushalt von den Investitionsausgaben des Landtags anteilig zu entlasten.

Periodenfremde oder außerordentliche Aufwendungen und Erträge

Das Ergebnis des Jahres 2011 ist im aus der Kostenrechnung generierten Leistungsplan und dem auf der Grundlage der Finanzbuchhaltung erstellten Erfolgsplan nicht deckungsgleich, weil im Erfolgsplan auch periodenfremde oder außerordentliche Aufwendungen und Erträge enthalten sind, die in der Kostenrechnung für den Leistungsplan keine Berücksichtigung finden.

<u>Zu Pos. 6: In den Personalaufwendungen sind enthalten</u>	2014 in EUR	2013 in EUR
Beiträge an die Vorsorgekasse	1.008.400	1.008.400
Beiträge an die Unfallkasse	33.100	31.700
Altersteilzeitrückstellungen	-370.900	-277.400
Sonstige Rückstellungen	327.500	329.600

2. Erläuterungen zu Einzelpositionen

Zu VKR 544:

Davon als Zuschuss für nicht realisierbare ZBLV-Erlöse:	75.900	76.800
---	--------	--------

Zu VKR 670-679:

Davon Mittel, die durch die Fraktionen im Landtag zweckgebunden für Aufwendungen im Rahmen der Reform des Haushalts- und Rechnungswesens verwendet werden können:	-	250.000
---	---	---------

Davon Mittel für die Fraktionen im Landtag zur Abdeckung von Aufwendungen im Zusammenhang mit der Arbeit der Enquetekommission Integration:	-	75.000
Von den Mitteln kann jede Fraktion zweckgebunden 15.000 EUR verwenden.		

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Zu VKR 680-689:

Davon in den Haushaltsjahren 2013 und 2014 jeweils 67.000 EUR zur Verfügung des Landtagspräsidenten und der Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen. Die Aufwendungen sind im Einzelnen zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.

Zu VKR 658:

Leistungen für Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete und deren Hinterbliebene

Die für Zahlungen nach dem Abgeordnetenrecht geplante Abgeltung (kameraler Zuschuss) verteilt sich wie folgt:

- 2013

	EUR	EUR
Entschädigungen und Unterstützungen an Abgeordnete:	–	19.302.000
1. Entschädigung (§ 5 HessAbgG)	10.100.000	
2. Tage- und Übernachtungsgelder (§ 6 Abs. 1 Nr. 3 HessAbgG)	550.000	
3. Vergütungen für Mitarbeiter (§ 6 Abs. 1 Nr. 4 HessAbgG)	6.154.000	
4. Kostenpauschale (§ 6 Abs. 1 Nr. 5 HessAbgG)	858.000	
5. Fahrkosten (§ 7 HessAbgG)	1.340.000	
6. Zuschuss zu den Kosten in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (§ 16 HessAbgG)	300.000	
7. Unterstützungen (§ 17 HessAbgG)	–	
Zusammen	19.302.000	
Zahlungen an ausgeschiedene Abgeordnete des Landtags sowie deren Hinterbliebene (einschließlich Übergangsgeld und Unterstützungen)	–	6.493.000
Summe:	–	25.795.000

- 2014

	EUR	EUR
Entschädigungen und Unterstützungen an Abgeordnete:	–	18.802.000
1. Entschädigung (§ 5 HessAbgG)	9.875.000	
2. Tage- und Übernachtungsgelder (§ 6 Abs. 1 Nr. 3 HessAbgG)	480.000	
3. Vergütungen für Mitarbeiter (§ 6 Abs. 1 Nr. 4 HessAbgG)	6.154.500	
4. Kostenpauschale (§ 6 Abs. 1 Nr. 5 HessAbgG)	802.500	
5. Fahrkosten (§ 7 HessAbgG)	1.220.000	
6. Zuschuss zu den Kosten in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (§ 16 HessAbgG)	270.000	
7. Unterstützungen (§ 17 HessAbgG)	–	
Zusammen	18.802.000	
Zahlungen an ausgeschiedene Abgeordnete des Landtags sowie deren Hinterbliebene (einschließlich Übergangsgeld und Unterstützungen)	–	7.827.000
Summe:	–	26.629.000

- 2013

Als nicht zahlungswirksamer Aufwand sind Zuführungen zu den Rückstellungen wie folgt geplant:

Bei den Entschädigungsleistungen für Abgeordnete	13.985.600 EUR
Bei der Alterssicherung für ehemalige Abgeordnete	6.037.000 EUR
Gesamt	20.022.600 EUR

Von den Zuführungsbeträgen entfallen 7.055.000 EUR auf Aufzinsungen.

Aufwandsmindernd ist die Inanspruchnahme von Rückstellungen wie folgt geplant:

Bei den Entschädigungsleistungen für Abgeordnete	333.000 EUR
Bei der Alterssicherung für ehemalige Abgeordnete	5.900.000 EUR
Gesamt	6.233.000 EUR

Als Ertrag ist die Auflösung von Rückstellungen wie folgt geplant:

Bei der Alterssicherung für ehemalige Abgeordnete	1.533.000 EUR
---	---------------

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag

Wirtschaftsplan

- 2014

Als nicht zahlungswirksamer Aufwand sind Zuführungen zu den Rückstellungen wie folgt geplant:

Bei den Entschädigungsleistungen für Abgeordnete	13.420.600 EUR
Bei der Alterssicherung für ehemalige Abgeordnete	7.645.000 EUR
Gesamt	21.065.600 EUR

Von den Zuführungsbeträgen entfallen 7.993.000 EUR auf Aufzinsungen.

Aufwandsmindernd ist die Inanspruchnahme von Rückstellungen wie folgt geplant:

Bei den Entschädigungsleistungen für Abgeordnete	1.158.000 EUR
Bei der Alterssicherung für ehemalige Abgeordnete	7.200.000 EUR
Gesamt	8.358.000 EUR

Als Ertrag ist die Auflösung von Rückstellungen wie folgt geplant:

Bei der Alterssicherung für ehemalige Abgeordnete	1.533.000 EUR
---	---------------

Mittel zur Wahrnehmung der Aufgaben der Fraktionen

Es sind für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 Aufwendungen in Höhe von jeweils 7.515.100 EUR geplant, die sich wie folgt verteilen:

	EUR	EUR
CDU	–	1.837.248
Jahresgrundbetrag	440.200	
Jahresbetrag für jedes Mitglied (46 x 13.000 EUR)	598.000	
Stellenaufkommen von 8 Planstellen	718.289	
Aufkommen von 1 weggefallenen Stelle	80.759	
Zusammen	1.837.248	
SPD	–	1.688.533
Jahresgrundbetrag	440.200	
Jahresbetrag für jedes Mitglied (29 x 13.000 EUR)	377.000	
Oppositionszuschlag	121.678	
Stellenaufkommen von 5 Planstellen	476.348	
Aufkommen von 4 weggefallenen Planstellen	273.307	
Zusammen	1.688.533	
FDP	–	1.398.813
Jahresgrundbetrag	440.200	
Jahresbetrag für jedes Mitglied (20 x 13.000 EUR)	260.000	
Oppositionszuschlag	–	
Stellenaufkommen von 8 Planstellen bzw. Stellen	698.613	
Aufkommen der weggefallenen Planstellen bzw. Stellen	–	
Zusammen	1.398.813	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	–	1.453.145
Jahresgrundbetrag	440.200	
Jahresbetrag für jedes Mitglied (17 x 13.000 EUR)	221.000	
Oppositionszuschlag	73.656	
Stellenaufkommen von 8 Planstellen	718.289	
Aufkommen der weggefallenen Planstellen bzw. Stellen	–	
Zusammen	1.453.145	
DIE LINKE	–	1.137.324
Jahresgrundbetrag	440.200	
Jahresbetrag für jedes Mitglied (6 x 13.000 EUR)	78.000	
Oppositionszuschlag	29.635	
Stellenaufkommen von 0 Planstellen	–	
Aufkommen von 8 vergleichbaren weggefallenen Planstellen	589.489	
Zusammen	1.137.324	
Summe	–	7.515.063

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010 Landtag

Wirtschaftsplan

Jede Fraktion erhält zur Deckung ihres Bedarfes einen Grundbetrag, der sich aus einem allgemeinen Grundbetrag (440.200 EUR) und einem Personalgrundbetrag, der auf der Basis von zugeordneten vorhandenen oder weggefallenen Planstellen oder Stellen nach Standardpersonalkosten (Planbetrag für das Haushaltsjahr nach der Tabelle des HMdluS) festgesetzt wird, zusammensetzt. Sind einer Fraktion keine Planstellen / Stellen zugeordnet, so wird der Personalgrundbetrag aus den Standardpersonalkosten für eine Planstelle der Besoldungsgruppe B3, für je zwei Planstellen der Besoldungsgruppen A16 und A15 und für drei Planstellen der Besoldungsgruppe A14, jeweils ohne Vorsorgeprämie, ermittelt.

Jede Fraktion erhält einen Betrag für jedes Mitglied (13.000 EUR).

Jede Fraktion, die nicht die Landesregierung trägt, erhält einen Oppositionszuschlag.

Die Jahresgrundbeträge, die Jahresbeträge für jedes Mitglied, das Aufkommen der weggefallenen Planstellen bzw. Stellen und der Oppositionszuschlag (insgesamt 4.903.524 EUR) werden an die Fraktionen des Landtags in monatlichen Teilbeträgen ausgezahlt.

Bedienstete erhalten die Fraktionen zu Lasten der zugeordneten Planstellen bzw. Stellen und des zugehörigen Stellenaufkommens zur Verfügung gestellt. Werden zugeordnete Planstellen bzw. Stellen nicht in Anspruch genommen, wird das für die Planstellen bzw. Stellen eingeplante Aufkommen, vermindert um die Vorsorgeprämie, an die jeweilige Fraktion ausgezahlt.

Werden Planstellen bzw. Stellen von Beschäftigten in Anspruch genommen, die einer Besoldungs- oder Vergütungsgruppe angehören, welche nicht die Wertigkeit der Planstelle oder Stelle erreicht, auf der sie geführt werden, so wird der Differenzbetrag zwischen den geplanten Standardpersonalkosten (ohne Vorsorgeprämie) und den den Beschäftigten nach ihrer tatsächlichen Eingruppierung zuzurechnenden Standardpersonalkosten (ohne Vorsorgeprämie) an die jeweilige Fraktion ausbezahlt. Werden Planstellen bzw. Stellen von Beschäftigten in Anspruch genommen, die die regelmäßige Arbeitszeit geringer als eine Vollzeitkraft vereinbart haben (Teilzeitbeschäftigte), so werden die Standardpersonalkosten (ohne Vorsorgeprämie) an die jeweilige Fraktion in der Höhe ausgezahlt, die auf den Zeiteanteil entfällt, um den die Arbeitszeit verringert ist.

Bestandteile der Fraktionsfinanzierung, die einen Personalgrundbetrag abdecken, nehmen an Besoldungs- und Tarifierhöhungen für Personal des Landes in gleichem Umfang teil, wie die Personalkostenansätze der Gruppen 422 und 428 in Kapitel 01 01.

Zahlung nach Maßgabe des Parteiengesetzes und des Landtagswahlgesetzes

Es ist für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 jeweils eine Abgeltung (kameraler Zuschuss) in Höhe von 1.247.000 EUR geplant.

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag

Wirtschaftsplan

Finanzplan

VKR	Bezeichnung	Soll 2014 EUR	Soll 2013 EUR	Soll 2012 EUR	Ist 2011 EUR
Mittelverwendung					
Investitionen in immaterielle Werte, Geschäftsbetrieb		145.600	152.800	171.400	161.741
000-049	Ausstehende Einlagen, immaterielle Wirtschaftsgüter	145.600	152.800	171.400	161.741
Investitionen in Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur		-	-	100.000	507.454
050-069, 091, 096	Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur, Anzahlungen auf Infrastruktur, Infrastruktur im Bau	-	-	100.000	507.454
Investitionen in Anlagen, Maschinen, BGA		319.800	460.300	515.600	402.536
070-089, 090, 095	Anlagen, Maschinen, BGA einschließlich Anzahlungen und Anlagen im Bau	319.800	460.300	515.600	402.536
Investitionen in Finanzanlagen		-	-	-	-
100-170	Beteiligungen, Ausleihungen, Wertpapiere	-	-	-	-
Mittelverwendung zusammen		465.400	613.100	787.000	1.071.731
Mittelherkunft					
Eigenfinanzierung					
360-362	Sonderposten aus bedingt rückzahlbaren Investitions- zuweisungen/ -zuschüssen von Gebietskörperschaften	-	-	-	-
365-367	Sonderposten aus nicht rückzahlbaren Investitionszu- weisungen/ -zuschüssen von Gebietskörperschaften	-	-	-	-
Fremdfinanzierung					
430	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber Gebietskörperschaf- ten	-	-	-	-
431	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	-	-	-	-
432	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem nicht öffentli- chen Bereich	-	-	-	-
435	Zugang Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisun- gen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durch- laufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber Gebietskörperschaften	465.400	613.100	787.000	1.071.731
436	Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem son- stigen öffentlichen Bereich	-	-	-	-
437	Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich	-	-	-	-
Deckungsmittel zusammen		465.400	613.100	787.000	1.071.731

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Erläuterungen Finanzplan

ERLÄUTERUNGEN ZU EINZELPOSITIONEN

Zu VKR 000-049:

Davon 2013:

- 20.000 EUR für den Ausbau des Servicedesks IT-Management (Change-/Problem-Management),
- 20.000 EUR für ein Programm zur Archivierung des elektronischen Pressespiegels,
- 17.000 EUR für ein Barcode-Lesesystem,
- 25.000 EUR für die Erneuerung der Sprachaufzeichnung im Plenarsaal,
- 20.000 EUR für die Erneuerung des Hessischen Abgeordneten-Informationssystems (HAI),
- 50.800 EUR für die (Ersatz-)Beschaffung von Arbeitsplatzsoftware für Abgeordnete, Fraktionen und die Landtagskanzlei.

Davon 2014:

- 60.000 EUR für die Ablösung des Content-Management-Systems (Internet und Intranet),
- 40.000 EUR für Ersatzbeschaffung von Server-Software,
- 45.600 EUR für die (Ersatz-)Beschaffung von Arbeitsplatzsoftware für Abgeordnete, Fraktionen und die Landtagskanzlei.

Bei Investitionen in Anwendungen, die nicht mit Standard-Software abgedeckt werden können, ist der Einkauf von Fremdleistungen (Beratung, Konzeption, Implementierung, Tests usw.) im Planbetrag berücksichtigt.

Zu VKR 050-069, 091, 096:

Im Ist 2011 sind Investitionen in Höhe von 468.952,97 EUR enthalten, die aus dem Epl. 18 finanziert wurden (Teilerneuerung des Plenarsaalgebäudes).

Zu VKR 070-089, 090, 095:

Davon 2013:

- 111.500 EUR für die Optimierung der Beschallungs- und Medientechnik,
- 17.000 EUR für Medienbestände/Bücher,
- 100.000 EUR für die Teilerneuerung der Serverfarm,
- 66.700 EUR für die (Ersatz-)Beschaffung EDV-Arbeitsplatz- und Personalausstattungen,
- 53.300 EUR für die (Ersatz-)Beschaffung von Restaurantsausstattung und Küchentechnik,
- 50.000 EUR für die Ersatzbeschaffung einer Zusammentragemaschine für die Poststelle,
- 9.700 EUR für die Ersatzbeschaffung von Etagendruckern,
- 52.100 EUR für die allgemeine Ersatz- und Ergänzungsbeschaffung einschl. geringwertiger Ausstattung.

Davon 2014:

- 17.000 EUR für Medienbestände/Bücher,
- 11.900 EUR für ein interaktives Whiteboard,
- 100.000 EUR für die Teilerneuerung der Serverfarm,
- 60.000 EUR für die Erneuerung der ELA-Anlage,
- 46.500 EUR für die (Ersatz-)Beschaffung von EDV-Arbeitsplatz- und Personalausstattungen,
- 45.000 EUR für die (Ersatz-)Beschaffung von Ausstattung für Abgeordneten- und Fraktionsbüros,
- 24.100 EUR für die (Ersatz-)Beschaffung von Restaurantsausstattung und Küchentechnik,
- 5.700 EUR für die Ersatzbeschaffung von Etagendruckern,
- 9.600 EUR für die allgemeine Ersatz- und Ergänzungsbeschaffung einschl. geringwertiger Ausstattung.

Im Ist 2011 sind Investitionen in Höhe von 24.168,13 EUR enthalten, die aus dem Epl. 18 finanziert wurden (Teilerneuerung des Plenarsaalgebäudes).

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag

Wirtschaftsplan

Überleitungsrechnung

Bezeichnung	Soll 2014 EUR	Soll 2013 EUR	Soll 2012 EUR
Produktabgeltung lt. Erfolgsplan	16.062.500	16.181.100	15.744.300
+ Investitionen lt. Finanzplan	465.400	613.100	787.000
- Abschreibungen	1.611.800	1.581.900	1.544.100
- Zuführungen zu Rückstellungen für Altersteilzeit u.a. personengebundenen Rückstellungen	-43.400	52.200	2.600
+ Auflösung der Rückstellungen für Altersteilzeit u.a. personengebundener Rückstellungen	-	-	3.800
- Entnahmen aus den kameralen Rücklagen	229.000	600.000	155.000
+/- Neutrales Ergebnis	-	-	-
+ Abgeltung für Aufwand für Abgeordnete, Parteien und Fraktionen	46.565.700	46.813.700	41.296.800
- Zuführungen zu Rückstellungen nach dem Abgeordnetenrecht	21.065.600	20.022.600	11.961.100
+ Inanspruchnahme von Rückstellungen nach dem Abgeordnetenrecht	8.358.000	6.233.000	3.782.100
+ Auflösung von Rückstellungen nach dem Abgeordnetenrecht	1.533.000	1.533.000	-
- Rückzahlungen von Abgeordneten, Parteien und Fraktionen	-	-	-
Kameraler Zuschuss (+) / Überschuss (-)	50.121.600	49.117.200	47.951.200

Kapitel 01 01
Landtag

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2014 EUR	Ansatz 2013 EUR	SOLL 2012 IST 2011 EUR
Funkt.- Kennziffer				
01 01	Landtag			
	E I N N A H M E N			
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen (Eigene Einnahmen)			
111	011 Gebühren, sonstige Entgelte.	—	—	—
119	011 Sonstige Verwaltungseinnahmen.	1 430 200	1 430 300	1 278 200 1 194 416
	Bei Warenautomaten, die an Orten aufgestellt sind, die ausschließlich Bediensteten zugänglich sind oder in aller Regel nur von Bediensteten aufgesucht werden, darf der Teil der Vergütung für das Gestatten der Aufstellung von Warenautomaten, der über die Kostendeckung für die benötigten Wand- oder Bodenflächen sowie für den Stromverbrauch bei elektrisch betriebenen Automaten hinausgeht, für Zwecke der Betriebsgemeinschaften verwendet werden. Der Betrag ist durch Absetzen von den Einnahmen an den Personalrat zu verausgaben.			
124	011 Mieten und Pachten.	139 300	139 300	138 300 219 473
125	011 Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen und Diensten aus wirtschaftlicher Tätigkeit.	—	—	— 122
131	011 Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen.	—	—	— —
132	011 Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen.	—	—	200 278
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungseinnahmen)			
232	011 Sonstige Zuweisungen von Ländern.	—	—	— 10 632
235	253 Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit.	—	—	— —
281	011 Sonstige Erstattungen aus dem Inland.	—	—	— 17 604
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen; besondere Finanzierungseinnahmen (Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen)			
359	850 Sonstige Entnahmen.	229 000	600 000	155 000 —
381	890 Verrechnungen zwischen Kapiteln.	27 500	30 000	48 000 32 702
389	890 Sonstige Verrechnungen.	—	—	— 57 646

Kapitel 01 01
Landtag

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	SOLL 2012
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2014 EUR	2013 EUR	IST 2011 EUR
Gesamteinnahmen Kapitel 01 01.....		1 826 000	2 199 600	1 619 700 1 532 876

Kapitel 01 01
Landtag

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2014 EUR	Ansatz 2013 EUR	SOLL 2012 IST 2011 EUR
Funkt.- Kennziffer				
A U S G A B E N				
Personalausgaben				
411	011 Aufwendungen für Abgeordnete.	26 629 000	25 795 000	24 520 300 23 449 001
412	011 Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige.	—	—	— —
422	011 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter.	4 113 600	3 956 900	3 911 500 3 439 439
425	011 Vergütungen der Angestellten.	—	—	— —
426	011 Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter.	—	—	— —
427	011 Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige.	—	—	— 12
428	011 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.	5 222 000	5 289 300	5 222 300 5 166 475
443	011 Fürsorgeleistungen und Unterstützungen.	6 800	6 800	3 800 5 132
453	011 Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen.	6 000	6 000	— 15 325
459	011 Sonstige personalbezogene Ausgaben.	11 500	11 500	12 000 9 863
461	880 Globale Mehrausgaben für Personalausgaben.	—	—	— —
Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst				
511	011 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstat- tungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchs- gegenstände.	747 900	878 900	835 900 690 869
514	011 Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	183 300	183 300	166 300 156 814
517	011 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume. . . .	1 074 600	1 072 600	1 185 200 997 108
518	011 Mieten und Pachten.	722 500	722 500	702 900 682 026
519	011 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen.	776 100	714 100	434 000 680 291
525	011 Aus- und Fortbildung.	50 000	49 900	56 500 49 023
526	011 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten.	115 300	162 300	118 300 122 375

Kapitel 01 01
Landtag

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG		Ansatz	Ansatz	SOLL 2012
	Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2014 EUR	2013 EUR	IST 2011 EUR
527	011	Dienstreisen.	86 400	89 400	78 000 79 824
529	011	Verfügungsmittel.	67 000	67 000	67 000 65 890
531	011	Ausgaben für Veröffentlichungen, Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit. Amtliche Druckwerke und Veröffentlichungen des Landtags dürfen an öffentliche Dienststellen, Institutionen, Vereine, Abgeordnete und Privatpersonen einschließlich der Angehörigen des öffentlichen Dienstes in begrenztem Umfang unentgeltlich abgegeben werden.	554 400	385 900	287 100 289 786
536	011	Verfahrensauslagen.	—	—	— 1 057
537	011	Beförderungskosten.	6 700	6 700	13 000 5 283
538	011	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen.	723 600	981 100	1 108 500 1 042 430
542	011	Steuern und Abgaben.	—	—	— 378
545	011	Aufwendungen des Landtags und der Landesregierung aus dienstlicher Veranlassung.	177 300	221 500	207 700 140 189
546	011	Vermischter Sachaufwand.	157 600	157 600	118 100 116 869
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungsausgaben)					
632	011	Sonstige Zuweisungen und Erstattungen an Länder.	9 100	9 100	9 100 9 032
671	011	Erstattungen an Inland.	90 000	90 000	90 000 89 688
681	011	Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen.	—	—	— —
684	011	Mittel nach Maßgabe des Fraktionsgesetzes, des Parteiengesetzes und des Landtagswahlgesetzes. 1. Die Mittel sind übertragbar. 2. Bestandteile der Fraktionsfinanzierung, die einen Personalgrundbetrag abdecken, nehmen an Besoldungs- und Tariferhöhungen für Personal des Landes wie die vergleichbaren Ansätze der Gruppen 422 und 428 teil.	8 762 100	8 762 100	8 597 500 8 408 425
685	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen . Aus der Gruppe können auch persönliche Verwaltungsausgaben geleistet werden.	8 600	8 600	8 800 3 104
687	011	Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland (soweit nicht an die EU).	—	—	— —
Baumaßnahmen					
711	011	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten.	—	—	— 32 041

Kapitel 01 01
Landtag

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	SOLL 2012
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2014 EUR	2013 EUR	IST 2011 EUR
Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Sonstige Investitionsausgaben)				
811	011 Erwerb von Fahrzeugen.	—	—	—
812	011 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen.	337 700	381 600	559 900 317 985
Besondere Finanzierungsausgaben				
917	850 Zuführungen an Versorgungsrücklagen.	—	—	—
919	850 Sonstige Zuführungen.	—	—	—
981	890 Verrechnungen zwischen Kapiteln.	1 041 500	1 040 100	969 100 920 100
989	890 Sonstige Verrechnungen.	267 000	267 000	288 100 486 045
Gesamtausgaben Kapitel 01 01.		51 947 600	51 316 800	49 570 900 47 471 891

Kapitel 01 01
Landtag

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2014 EUR	Ansatz 2013 EUR	SOLL 2012 IST 2011 EUR
Funkt.- Kennziffer				
Abschluss Kapitel 01 01				
0	Steuern und steuerähnliche Abgaben.....	—	—	—
1	Eigene Einnahmen.....	1 569 500	1 569 600	1 416 700 1 414 290
2	Übertragungseinnahmen.....	—	—	— 28 236
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungsein- nahmen.....	256 500	630 000	203 000 90 348
	Gesamteinnahmen.....	1 826 000	2 199 600	1 619 700 1 532 876
4	Personalausgaben.....	35 988 900	35 065 500	33 669 900 32 085 248
5	Sächliche Verwaltungsausgaben.....	5 442 700	5 692 800	5 378 500 5 120 220
	Ausgaben für den Schuldendienst.....	—	—	— —
6	Übertragungsausgaben.....	8 869 800	8 869 800	8 705 400 8 510 250
7	Baumaßnahmen.....	—	—	— 32 041
8	Sonstige Investitionsausgaben.....	337 700	381 600	559 900 317 985
9	Besondere Finanzierungsausgaben.....	1 308 500	1 307 100	1 257 200 1 406 145
	Gesamtausgaben.....	51 947 600	51 316 800	49 570 900 47 471 891
	Zuschuss/Überschuss.....	-50 121 600	-49 117 200	-47 951 200 -45 939 015

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

W i r t s c h a f t s p l a n

Datenschutzbeauftragter

A. Vorbemerkungen

Der Hessische Datenschutzbeauftragte hat als unabhängige, nicht der Steuerung der Landesregierung unterliegende oberste Landesbehörde nach dem Hessischen Datenschutzgesetz folgende Aufgaben:

Er hat das Recht auf informationelle Selbstbestimmung der Bürger gegenüber allen Dienststellen hessischer Gebietskörperschaften sowie den der Aufsicht dieser Stellen unterliegenden Institutionen sicherzustellen, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen. Er ist auch Aufsichtsbehörde für den Datenschutz im nicht öffentlichen Bereich nach § 38 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) und hat Ordnungswidrigkeiten nach § 43 BDSG und § 16 Telemediengesetz (TMG) zu verfolgen.

Ferner soll er das auf dem Grundsatz der Gewaltenteilung beruhende verfassungsmäßige Gefüge des Staates, insbesondere die Beziehungen der Verfassungsorgane des Landes und der Organe kommunaler Selbstverwaltung untereinander und zueinander, vor einer Gefährdung infolge der automatisierten Datenverarbeitung bewahren.

Die Aufgabenwahrnehmung des Hessischen Datenschutzbeauftragten erstreckt sich auf die Durchführung von anlassbezogenen und anlassunabhängigen Kontrollen, sowie auf die Beratung der seiner Zuständigkeit unterliegenden Stellen und Parlamente in allen Fragen des Datenschutzes, der Datensicherheit und des freien Zugangs zu Informationen (vgl. insbes. §§ 24, 25 HDSG, § 38 BDSG). Der Hessische Datenschutzbeauftragte hat dabei mit Behörden und sonstigen Stellen, die für die Kontrolle der Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz in der Europäischen Union, in Bund und in den Ländern im öffentlichen und nicht öffentlichen Bereich zuständig sind, zusammenzuarbeiten.

Weit mehr als die Hälfte der Arbeiten des Hessischen Datenschutzbeauftragten sind nicht vorausplanbar, weil sie auf Anfragen zur Beratung von öffentlichen Stellen und auf Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern beruhen oder die Mitarbeit bei der Normsetzung betreffen. Die Stellung des Datenschutzbeauftragten gebietet es, flexibel und möglichst zeitnah solche von außen angestoßenen Arbeiten durchzuführen und ggf. geplante Arbeiten zurückzustellen. In den Erläuterungen zum Leistungsplan des Produktplans finden sich deshalb keine Kennzahlen. Dem Zweck der Außensteuerung dienende produktspezifische Kennzahlen dürfen schon wegen der besonderen Stellung nach § 22 HDSG und Art. 28 Abs. 1 EG-Datenschutzrichtlinie nicht entwickelt werden, denn eine Steuerung der Aufgabenerfüllung des Hessischen Datenschutzbeauftragten von außen ist unzulässig (s. Urteil des EuGH vom 9. März 2010 C 518/07). Interne Steuerungsinstrumente wie Jahresplanung und Erfolgskontrolle sind demgegenüber seit langem vorhanden.

Der amtierende Hessische Datenschutzbeauftragte übt sein Amt im Nebenamt aus; seine Vergütung wird durch einen Vertrag geregelt (§ 21 HDSG alte Fassung). Zwar ist mit der Novellierung 2011 in § 21 Abs. 3 HDSG eine hauptamtliche Position geschaffen worden. Nach § 43 Abs. 2 des neuen Gesetzes gilt dies aber nicht für den Amtsinhaber, für den bis zur ersten Neuwahl noch die alte Gesetzesfassung gilt. Die Wahlperiode des Hessischen Datenschutzbeauftragten ist an die Legislaturperiode des Hessischen Landtags gekoppelt; er bleibt bis zur Wahl eines Nachfolgers im Amt. Mit der neuen Legislaturperiode 2014 wird der Wechsel auf die hauptamtliche Position vollzogen. Die Personal- und Sachausstattung ist dem Hessischen Datenschutzbeauftragten vom Präsidenten des Hessischen Landtags zur Verfügung zu stellen und im Einzelplan des Landtags in einem eigenen Kapitel auszuweisen (§ 31 HDSG).

B. Bewirtschaftungsvermerke

Allgemein

Die Bewirtschaftung richtet sich insbesondere nach den Regeln der §§ 7a und 70 bis 72 und 74 bis 80 LHO und den dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften.

Leistungsplan

Die Ansätze der beiden Produkte sind gegenseitig deckungsfähig.

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

W i r t s c h a f t s p l a n

Erfolgsplan

50 v. H. des Jahresüberschusses aus laufenden Geschäften können in eine Gewinnrücklage eingestellt werden. Im Übrigen erfolgt eine Gewinnabführung an den Landeshaushalt.

Mit Zustimmung des Hessischen Ministeriums der Finanzen können bis zu 100 v.H. des kamerale Jahresüberschusses zur Finanzierung der Neuordnung des Datenschutzes in künftigen Haushaltsjahren in eine kamerale Rücklage eingestellt werden.

Finanzplan

Die Mittel sind gegenseitig deckungsfähig.

Für nicht realisierte Investitionen kann die Forderung aus Transferleistung auf neue Rechnung vorgetragen werden.

C. Haushaltsvermerke zum kamerale Rumpfhaushalt

Haushaltsvermerke zum kamerale Rumpfhaushalt sind bei diesem ausgebracht.

Zum 31.12.2011 besteht eine Allgemeine Rücklage in Höhe von 81.735,92 EUR.

Zum 31.12.2011 besteht eine Investitionsrücklage in Höhe von 29.490,65 EUR.

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan

- Beträge in 1.000 EUR -

Nr	neu / weg- gef.	Bezeichnung	Soll 2014						
			Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt- kosten
Produkte									
6		Beratung zum Datenschutz und Überwachung der Einhaltung von Datenschutzbestimmungen	39.047	3.736,4	8,3	3.728,1	-	39.047	3.250,6
7		Stellungnahme zu Normsetzung / Initiativen / Anfragen aus dem Parlament	4.703	481,7	0,2	481,5	-	4.703	420,6
Summe Produkte				4.218,1	8,5	4.209,6	-		3.671,2
Zwischenbehördliche Leistungen									
7		Unterstützungsleistungen für andere Buchungskreise (HDSB)	-	-	-	-	-	-	-
Summe Zwischenbehördliche Leistungen				-	-	-	-		-
Gesamtsumme				4.218,1	8,5	4.209,6	-		3.671,2

Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter

Wirtschaftsplan

Leistungsplan

- Beträge in 1.000 EUR -

Soll 2013			Soll 2012					Ist 2011				
Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis
8,3	3.242,3	-	35.303	3.150,2	5,0	3.145,2	-	22.438	2.081,4	37,6	2.009,7	-34,1
0,2	420,4	-	4.334	409,8	-	409,8	-	2.686	269,4	0,1	405,9	136,6
8,5	3.662,7	-		3.560,0	5,0	3.555,0	-		2.350,8	37,7	2.415,6	102,5
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
8,5	3.662,7	-		3.560,0	5,0	3.555,0	-		2.350,8	37,7	2.415,6	102,5

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 6:

Bezeichnung: Beratung zum Datenschutz und Überwachung der Einhaltung von Datenschutzbestimmungen einschließlich Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach § 43 BDSG und § 16 TMG

IPR-Nr. 032 - Aufgaben der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder

1. Erbringer

Der Hessische Datenschutzbeauftragte

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Hessisches Datenschutzgesetz und Bundesdatenschutzgesetz in der jeweils gültigen Fassung sowie eine Vielzahl von Fachgesetzen aus allen Verwaltungsbereichen

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Beratung und Kontrolle der der Zuständigkeit des Hessischen Datenschutzbeauftragten nach § 3 HDSG und nach § 24 Abs. 4 i.V.m. § 38 und § 2 BDSG unterliegenden öffentlichen und nicht öffentlichen Stellen im Hinblick auf die Sicherstellung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung von Personen.

Der Aufwand für Prüfungen und Beratungen wird sich im nicht öffentlichen Bereich verstärken und zu einer weiteren Verschiebung der Kapazitäten zugunsten dieses Produktes führen. Es werden mehr Vor-Ort-Kontrollen (z.B. Videoüberwachung, biometrische Systeme) erforderlich sein. Durch die Zuständigkeit für große Kreditinstitute, die Schufa, viele Unternehmen der DB sind Massenanfragen ebenso wie Eingabehäufungen durch tagesaktuelle Themen wie Werbe- und Gewinnspielaktionen zu erwarten. Erheblicher neuer Aufwand wird auch für damit zusammenhängende Anordnungen, Untersagungen, Ordnungswidrigkeitenverfahren sowie ggf. Klageverfahren entstehen. Der Aufwand für die Mitarbeit in Arbeitskreisen und Koordinierungsgremien wird infolge des Aufgabenzuwachses steigen, nachdem 2012 wegen der Personalmangelsituation eine Mitarbeit nur sehr begrenzt möglich war.

Da wegen der neuen Legislaturperiode im Jahr 2014 mit Minderanforderungen beim Produkt 7 gerechnet wird, werden initiative Prüfungen möglich sein.

3.2 Leistungen zum Produkt

Die Erbringung der Leistungen zu diesem Produkt basiert zum einen Teil auf anlassunabhängigen Planungen, zum anderen Teil auf Beantwortung von Anfragen und Beschwerden von Behörden und von Personen, die ihr Recht nach § 28 HDSG und nach § 21 i.V.m. § 38 Abs. 1 BDSG wahrnehmen. Zum Produkt gehören folgende Leistungen:

- Prüfung und Beratung einschließlich Ordnungswidrigkeitenverfahren (Recht und IT)
- Bürger-/ Behördenanfragen (Recht und IT)
- Durchführung von Schulungen (Recht und IT)
- Marktbeobachtung / Test (IT)
- EU-/Bund-/Länder-Arbeitskreise (Recht und IT)
- Sonderprojekte (Recht und IT)

4. Bezug zu politischen Zielen

Ein Bezug zum politischen Zielsystem besteht nicht. Ziel des Hessischen Datenschutzbeauftragten ist es, das Recht des Einzelnen auf informationelle Selbstbestimmung zu wahren.

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

5. Empfänger

Alle der Zuständigkeit des Hessischen Datenschutzbeauftragten unterliegenden Stellen sowie jede oder jeder, die oder der das Anrufungsrecht nach § 28 HDSG oder nach § 21 i.V.m. § 38 Abs. 1 BDSG ausübt.

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2012	Ist 2011	Ist 2010	Ist 2009
6.1 Zählgröße/Menge							
Bereitstellung von Beratungseinheiten	STD	39.047	39.047	35.303	22.438	23.528	22.425
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)							
-							
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)							
6.3.1 Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen							
Produktabgeltung je Menge	EUR	95,47	83,03	89,09	89,56	88,10	90,53

Wie in den Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan ausgeführt, werden produktspezifische Kennzahlen zur Leistungswirkung nicht entwickelt. Interne Steuerungsinstrumente sind vorhanden.

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2014 EUR	Soll 2013 EUR	Soll 2012 EUR	Ist 2011 EUR
Personalkosten	2.680.700	2.589.600	1.797.247	1.152.651
Sachkosten	1.055.700	661.000	117.886	62.790
Kalkulatorische Kosten	-	-	35.808	17.631
Sonstige Kosten *	-	-	1.199.269	844.072
Gesamtkosten	3.736.400	3.250.600	3.150.210	2.077.144
Erlöse	8.300	8.300	5.000	33.350
Produktabgeltung	3.728.100	3.242.300	3.145.210	2.009.712
Ergebnis	-	-	-	-34.082

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 7:

Bezeichnung: Stellungnahme zu Normsetzung / Initiativen / Anfragen aus dem Parlament

IPR-Nr. 032 - Aufgaben der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder

1. Erbringer

Der Hessische Datenschutzbeauftragte

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Hessisches Datenschutzgesetz in der jeweils gültigen Fassung.

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

In diesem Produkt sind alle Arbeiten zusammengefasst, die in die Beratung von Regierung und Parlament im Zusammenhang mit Normsetzung oder die Beantwortung von parlamentarischen Anfragen einfließen. Dazu gehört auch die Erstellung von Gutachten für die Landesregierung zu Fragen des Datenschutzes, des freien Zugangs zu Informationen sowie Information der Landesregierung und des Parlaments durch die Erstellung des jährlichen Tätigkeitsberichts, Durchführung von Veranstaltungen wie insbesondere das Wiesbadener Forum Datenschutz und Pressearbeit zu aktuellen Themen.

Entwicklungen bei der Gesetzgebung haben maßgeblichen Einfluss. Neue IT-Verfahren und Bestrebungen im Bereich E-Government haben zunehmenden Einfluss auf die Gesetzgebung (DE-Mail, eGovernment-Gesetz, zunehmende Querschnittsgesetze zum Übergang auf elektronische Kommunikationsverfahren). Außerdem sind die Rechtsentwicklungen der EU kritisch zu begleiten (Förderung von Transparenz und Informationszugang, neuer Rechtsrahmen für den Datenschutz in der EU).

Zum Ende der Legislaturperiode ist mit einem verstärkten Aufwand für Leistungen zum Gesetzgebungsverfahren zu rechnen. Gleichwohl wird sich der Aufwand für dieses Produkt im Verhältnis zum Gesamtaufwand des Hessischen Datenschutzbeauftragten verringern.

3.2 Leistungen zum Produkt

- Pressestelle des Hessischen Datenschutzbeauftragten
- Stellungnahmen zu Normsetzung / Initiativen / Anfragen aus Regierung und Parlament (Recht und IT)
- Bearbeitung von Grundsatzfragen
- Erstellung des jährlichen Tätigkeitsberichts
- Durchführung des jährlichen "Wiesbadener Forum Datenschutz" und ggfs. anderer Veranstaltungen

4. Bezug zu politischen Zielen

Ein Bezug zum politischen Zielsystem besteht nicht. Ziel der Arbeit des Hessischen Datenschutzbeauftragten ist es, das Recht des Einzelnen auf informationelle Selbstbestimmung zu wahren.

5. Empfänger

Hessischer Landtag und Fraktionen sowie Hessische Landesregierung.

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2014	Soll 2013	Soll 2012	Ist 2011	Ist 2010	Ist 2009
6.1 Zählgröße/Menge							
Bereitstellung von Beratungseinheiten (Stunden)	STD	4.703	4.703	4.334	2.686	2.860	3.253
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)							
-							
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)							
6.3.1 <u>Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen</u>							
Produktabgeltung je Menge	EUR	102,37	89,39	94,56	151,11	109,69	118,93

Wie in den Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan ausgeführt, werden produktspezifische Kennzahlen zur Leistungswirkung nicht entwickelt. Einer internen Steuerung ist dieser Teil nur bei Initiativen des Hessischen Datenschutzbeauftragten zugänglich. Bei Anfragen und Stellungnahmen hängt die Intensität der Beratung wesentlich von den Empfängern und den fachlichen Erfordernissen ab.

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2014 EUR	Soll 2013 EUR	Soll 2012 EUR	Ist 2011 EUR
Personalkosten	329.300	313.100	224.250	143.878
Sachkosten	152.400	107.500	41.449	26.383
Kalkulatorische Kosten	-	-	3.921	2.012
Sonstige Kosten *	-	-	140.216	97.033
Gesamtkosten	481.700	420.600	409.836	269.306
Erlöse	200	200	-	-
Produktabgeltung	481.500	420.400	409.836	405.924
Ergebnis	-	-	-	136.618

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter

Wirtschaftsplan

Erfolgsplan

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2014 EUR	Soll 2013 EUR	Soll 2012 EUR	Ist 2011 EUR
1	50/51	Umsatzerlöse und Erträge aus Verwaltungstätigkeit	6.000	6.000	5.000	33.350
	500-509, 519	Umsatzerlöse und Erlösminderungen	1.000	1.000	–	8.357
	510-518	Gebühren und Leistungsentgelte aus Verwaltungstätigkeit; Sonstige Erträge	5.000	5.000	5.000	24.993
1a	544	Erträge aus Produktabgeltungen	4.209.600	3.662.700	3.555.000	2.415.636
2	520-524	Bestandsveränderungen	–	–	–	–
3	525-529	aktivierte Eigenleistungen	–	–	–	–
4	530-539	Sonstige betriebliche Erträge	2.500	2.500	5.400	10.873
		Betriebsertrag	4.218.100	3.671.200	3.565.400	2.459.859
5	60/61	Bezogene Waren und Leistungen	357.100	113.100	330.200	38.389
	600-604	Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe etc.	–	–	–	–
	605	Aufwendungen für Energie und Wasser	21.500	21.500	22.300	8.321
	606-609	Sonstige Aufwendungen (Waren)	25.900	25.900	18.400	9.939
	616	Aufwendungen für Fremdinstandhaltung	284.500	40.500	269.500	5.379
	610-615, 617, 619	Sonstige Aufwendungen (Leistungen)	25.200	25.200	20.000	14.750
	618	Aufwandsberichtigungen	–	–	–	–
6	620-649	Personalaufwand	3.010.000	2.902.800	2.646.400	1.875.049
	620-629	Entgelte	406.300	309.300	336.700	246.691
	630-639	Bezüge	2.148.200	2.151.000	1.899.800	1.257.919
	640-649	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	455.500	442.500	409.900	370.439
7	660-669	Abschreibungen	110.900	51.200	47.900	34.390
8	650-659, 670-709	Sonstige betriebliche Aufwendungen	740.100	604.100	529.000	414.160
	650-659	Sonstige mittelbare Personalaufwendungen	10.500	10.500	10.500	10.091
	670-679	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	592.300	456.300	396.300	329.590
	680-689	Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reisen, Werbung	136.000	136.000	121.000	73.246
	690-699	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges sowie Wertkorrekturen	1.300	1.300	1.200	1.009
	700-709	Betriebliche Steuern	–	–	–	224
8a	718	Aufwendungen aus Produktabgeltung	–	–	–	–
		Betriebsaufwand	4.218.100	3.671.200	3.553.500	2.361.988
		Eigenergebnis	–	–	11.900	97.871

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Erfolgsplan

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2014 EUR	Soll 2013 EUR	Soll 2012 EUR	Ist 2011 EUR
9	540-543, 545-549	betriebliche Erträge aus Transferleistungen	-	-	-	-
10	550-559	Steuererträge und steuerähnliche Erträge	-	-	-	-
		Steuererträge und Leistungsabgeltung	-	-	-	-
11	710-717, 719	Betrieblicher Aufwand aus Transferleistungen	-	-	-	-
12	720-729	Steueraufwand und ähnliche Aufwendungen	-	-	-	-
		Leistungstransfers	-	-	-	-
		Steuer- und Leistungsergebnis	-	-	-	-
		Verwaltungsergebnis	-	-	11.900	97.871
13	560-569	Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-
14	570-579	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	-	-	-
		Finanzertrag	-	-	-	-
15	740-749	Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens und Verluste aus entsprechenden Abgängen	-	-	-	-
16	750-769	Zinsen und ähnliche Aufwendungen, Aufwand aus Verlustübernahme	-	-	11.900	4.111
		Finanzaufwand	-	-	11.900	4.111
		Finanzergebnis	-	-	-11.900	-4.111
		Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-	-	-	93.760
17	590-599	Außerordentliche Erträge, Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-	-
		Außerordentlicher Ertrag	-	-	-	-
18	730-739, 790-799	Außerordentlicher Aufwand, Aufwand aus Gewinnabführungen, Aufwendungen für sonstige Leistungen Dritter	-	-	-	93.760
		Außerordentlicher Aufwand	-	-	-	93.760
		Außerordentliches Ergebnis	-	-	-	-93.760
19	580-589	(durchlaufende) Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen, für Investitionen und besondere Finanzeinnahmen	-	-	-	-
		Transferzuwendungen	-	-	-	-
20	780-789	(durchlaufende) Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse, für Investitionen und besondere Finanzausgaben	-	-	-	-
		Transferzahlungen	-	-	-	-
		Transferergebnis	-	-	-	-
		Neutrales Ergebnis	-	-	-	-93.760
21	770-779	Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	-	-	-
		Jahresergebnis	-	-	-	-

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Erfolgsplan

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2014 EUR	Soll 2013 EUR	Soll 2012 EUR	Ist 2011 EUR
22	531, 538, 544, 548	Abteilungen für Abgeordnete, Fraktionen und Parteien	-	-	-	-
	531	Erträge aus Personalgestellung	-	-	-	-
	538	Erträge Herabsetzung Rückstellungen Legislative	-	-	-	-
	544	Abteilung für Aufwand für Abgeordnete, Fraktionen und Parteien	-	-	-	-
	548	Erstattungen Legislative	-	-	-	-
		Summe Erträge Legislative	-	-	-	-
23	658	Aufwand für Abgeordnete, Fraktionen und Parteien	-	-	-	-
		Summe Aufwand Legislative	-	-	-	-
		Ergebnis Legislative	-	-	-	-
24	576	Zinserträge Legislative	-	-	-	-
		Finanzertrag Legislative	-	-	-	-
25	757	Zinsenaufwand Legislative	-	-	-	-
		Finanzaufwand Legislative	-	-	-	-
		Finanzergebnis	-	-	-	-
26	539, 595	Außerordentliche Erträge Legislative, Ertrag Verlustausgleich	-	-	-	-
		Außerordentliche Erträge Legislative	-	-	-	-
27	790, 791	Außerordentliche Aufwendungen Legislative, Aufwand aus Gewinnabführung	-	-	-	-
		Außerordentliche Aufwendungen Legislative	-	-	-	-
		Außerordentliches Ergebnis Legislative	-	-	-	-
		Jahresergebnis Legislative	-	-	-	-

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Erläuterungen Erfolgsplan

1. Standarderläuterungen

Im aus der Kostenrechnung generierten Leistungsplan und dem auf der Grundlage der Finanzbuchhaltung erstellten Erfolgsplan sind kostenmindernde Erlöse unterschiedlich darzustellen. Sie sind im Leistungsplan bereits mit Kosten saldiert ausgewiesen, während der Ausweis im Erfolgsplan entsprechend den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung nicht saldiert erfolgt.

Im Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Erfolgsplans sind keine kostenmindernden Erlöse enthalten, die die Kosten des Leistungsplans vermindert haben.

Entgelte zentraler Dienstleister

Für Leistungen zentraler Dienstleister sind in den Aufwandpositionen des Erfolgsplans folgende Beträge geplant worden:

Dienstleister	2014 in EUR	2013 in EUR
Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main (KFZ-Selbstversicherung)	300	300
Hessische Zentrale der Datenverarbeitung (HZD)	30.000	30.000
Hessisches Competence Center (HCC)	22.200	22.200
Hessische Bezügestelle (HBS)	4.200	4.200

Neutrale Aufwendungen / Erträge:

-

Periodenfremde oder außerordentliche Aufwendungen und Erträge

Das Ergebnis des Jahres 2011 ist im aus der Kostenrechnung generierten Leistungsplan und dem auf der Grundlage der Finanzbuchhaltung erstellten Erfolgsplan nicht deckungsgleich, weil im Erfolgsplan auch periodenfremde oder außerordentliche Aufwendungen und Erträge enthalten sind, die in der Kostenrechnung für den Leistungsplan keine Berücksichtigung finden.

<u>Zu Pos. 6: In den Personalaufwendungen sind enthalten:</u>	2014 in EUR	2013 in EUR
Beiträge an die Vorsorgekasse	350.500	350.000
Beiträge an die Unfallkasse	2.200	2.100
Altersteilzeitrückstellungen	-	-
Sonstige Rückstellungen	54.800	54.800

2. Erläuterungen zu Einzelpositionen

Zu VKR 680-689:

Davon in den Haushaltsjahren 2013 und 2014 jeweils 4.000 EUR zur Verfügung des Hessischen Datenschutzbeauftragten für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen. Die Aufwendungen sind im Einzelnen zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig. Aus den Verfügungsmitteln sind auch Aufwendungen für dienstlich veranlasste, sachangemessene Bewirtungen wie z.B. anlässlich dem Wechsel von Führungspersonal oder im Rahmen von Sitzungen und Tagungen, zu bestreiten.

Zu VKR 730-739, 790-799:

Im Ist 2011 davon 46.880 EUR als Gewinnabführung an den Landeshaushalt und 46.880 EUR als Zuführung zu einer Verwaltungsrücklage.

Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter

Wirtschaftsplan

Finanzplan

VKR	Bezeichnung	Soll 2014 EUR	Soll 2013 EUR	Soll 2012 EUR	Ist 2011 EUR
Mittelverwendung					
	Investitionen in immaterielle Werte, Geschäftsbetrieb	2.100	3.900	6.000	18.964
000-049	Ausstehende Einlagen, immaterielle Wirtschaftsgüter	2.100	3.900	6.000	18.964
	Investitionen in Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur	-	-	133.500	-
050-069, 091, 096	Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur, Anzahlungen auf Infrastruktur, Infrastruktur im Bau	-	-	133.500	-
	Investitionen in Anlagen, Maschinen, BGA	30.600	18.300	-	28.878
070-089, 090, 095	Anlagen, Maschinen, BGA einschließlich Anzahlungen und Anlagen im Bau	30.600	18.300	-	28.878
	Investitionen in Finanzanlagen	-	-	-	-
100-170	Beteiligungen, Ausleihungen, Wertpapiere	-	-	-	-
Mittelverwendung zusammen		32.700	22.200	139.500	47.842
Mittelherkunft					
Eigenfinanzierung					
360-362	Sonderposten aus bedingt rückzahlbaren Investitions- zuweisungen/ -zuschüssen von Gebietskörperschaften	-	-	-	-
365-367	Sonderposten aus nicht rückzahlbaren Investitionszu- weisungen/ -zuschüssen von Gebietskörperschaften	-	-	-	-
Fremdfinanzierung					
430	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber Gebietskörperschaf- ten	-	-	-	-
431	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	-	-	-	-
432	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem nicht öffentli- chen Bereich	-	-	-	-
435	Zugang Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisun- gen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durch- laufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber Gebietskörperschaften	32.700	22.200	139.500	47.842
436	Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem son- stigen öffentlichen Bereich	-	-	-	-
437	Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich	-	-	-	-
Deckungsmittel zusammen		32.700	22.200	139.500	47.842

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Erläuterungen Finanzplan

Erläuterungen zu Einzelpositionen

Zu VKR 000-049:

Haushaltsjahr 2013:

3.900 Euro für Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen infolge der Neuordnung des Datenschutzes

Haushaltsjahr 2014:

2.100 Euro für Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen

Zu VKR 070-089, 090, 095:

Haushaltsjahr 2013:

18.300 Euro für Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen infolge der Neuordnung des Datenschutzes

Haushaltsjahr 2014:

30.600 Euro für Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen

Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter

Wirtschaftsplan

Überleitungsrechnung

Bezeichnung	Soll 2014 EUR	Soll 2013 EUR	Soll 2012 EUR
+ Produktabgeltung lt. Erfolgsplan	4.209.600	3.662.700	3.555.000
+ Investitionen lt. Finanzplan	32.700	22.200	139.500
- Abschreibungen	110.900	51.200	47.900
+ Zuschuss für nicht realisierbare ZBLV-Erlöse	-	-	-
- Zuführungen zu Rückstellungen für Altersteilzeit u.a. personengebundenen Rückstellungen	54.800	54.800	116.400
+ Auflösung der Rückstellungen für Altersteilzeit u.a. personengebundener Rückstellungen	-	-	1.900
- Entnahme aus kameralen Rücklagen	-	-	-
+/- Neutrales Ergebnis	-	-	-
Kameraler Zuschuss (+) / Überschuss (-)	4.076.600	3.578.900	3.532.100

**Kapitel 01 03
Datenschutzbeauftragter**

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2014 EUR	Ansatz 2013 EUR	SOLL 2012 IST 2011 EUR
Funkt.- Kennziffer				

01 03	Datenschutzbeauftragter				
	E I N N A H M E N				
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen (Eigene Einnahmen)				
111	011	Gebühren, sonstige Entgelte.	—	—	—
112	012	Geldstrafen und Geldbußen.	5 000	5 000	5 000 24 992
119	011	Sonstige Verwaltungseinnahmen.	3 500	3 500	3 500 14 242
132	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen.	—	—	—
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungseinnahmen)				
235	253	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern so- wie von der Bundesagentur für Arbeit.	—	—	—
261	011	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsaus- gaben aus dem Inland.	—	—	— 887
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen; besondere Finanzierungseinnahmen (Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen)				
359	850	Sonstige Entnahmen.	—	—	—
381	890	Verrechnungen zwischen Kapiteln.	—	—	—
389	890	Sonstige Verrechnungen.	—	—	— 150
	Gesamteinnahmen Kapitel 01 03.		8 500	8 500	8 500 40 271

Kapitel 01 03
Datenschutzbeauftragter

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2014 EUR	Ansatz 2013 EUR	SOLL 2012 IST 2011 EUR
Funkt.- Kennziffer				

A U S G A B E N

Personalausgaben

422	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter.	2 095 300	2 095 400	1 831 400 1 208 437
425	011	Vergütungen der Angestellten.	—	—	— —
427	011	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige.	2 800	5 600	5 600 5 521
428	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.	504 400	394 400	394 400 329 371
443	011	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen.	500	500	500 —
453	011	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen.	—	—	— —
459	011	Sonstige personalbezogene Ausgaben.	—	—	— —
461	880	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben.	—	—	— —

**Sächliche Verwaltungsausgaben,
Ausgaben für den Schuldendienst**

511	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände.	100 600	90 100	107 200 86 806
514	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	5 000	5 000	3 000 2 827
517	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume.	179 300	158 700	122 200 40 863
518	011	Mieten und Pachten.	361 600	257 200	232 700 230 849
519	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen.	250 000	6 000	251 000 180
525	011	Aus- und Fortbildung.	10 000	10 000	10 000 7 365
526	011	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten.	21 000	21 000	20 000 6 000
527	011	Dienstreisen.	60 000	60 000	50 000 38 265
529	011	Verfügungsmittel.	4 000	4 000	4 000 2 696

Kapitel 01 03
Datenschutzbeauftragter

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz	Ansatz	SOLL 2012
		2014 EUR	2013 EUR	IST 2011 EUR
531	011 Ausgaben für Veröffentlichungen, Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit. Eigene Veröffentlichungen dürfen an öffentliche Dienststellen, Institutionen, Vereine, Abgeordnete und Privatpersonen, einschließlich der Angehörigen des öffentlichen Dienstes, in begrenztem Umfang unentgeltlich abgegeben werden.	30 000	30 000	30 000 14 565
537	011 Beförderungskosten.	11 000	—	11 000 913
538	011 Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen.	69 200	69 200	42 200 33 002
542	011 Steuern und Abgaben.	—	—	— —
546	011 Vermischter Sachaufwand.	—	—	— —
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungsausgaben)				
633	011 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände.	—	—	— —
685	011 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen .	1 000	1 000	1 000 809
Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Sonstige Investitionsausgaben)				
812	011 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen.	—	—	87 400 —
Besondere Finanzierungsausgaben				
917	850 Zuführungen an Versorgungsrücklagen.	—	—	— —
919	850 Sonstige Zuführungen.	—	—	— —
981	890 Verrechnungen zwischen Kapiteln.	352 700	352 600	310 500 292 100
989	890 Sonstige Verrechnungen.	26 700	26 700	26 500 32 650
Gesamtausgaben Kapitel 01 03.		4 085 100	3 587 400	3 540 600 2 333 228

Kapitel 01 03
Datenschutzbeauftragter

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2014 EUR	Ansatz 2013 EUR	SOLL 2012 IST 2011 EUR
Funkt.- Kennziffer				
Abschluss Kapitel 01 03				
0	Steuern und steuerähnliche Abgaben.....	—	—	—
1	Eigene Einnahmen.....	8 500	8 500	8 500 39 234
2	Übertragungseinnahmen.....	—	—	— 887
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungsein- nahmen.....	—	—	— 150
	Gesamteinnahmen.....	8 500	8 500	8 500 40 271
4	Personalausgaben.....	2 603 000	2 495 900	2 231 900 1 543 330
5	Sächliche Verwaltungsausgaben.....	1 101 700	711 200	883 300 464 338
	Ausgaben für den Schuldendienst.....	—	—	— —
6	Übertragungsausgaben.....	1 000	1 000	1 000 809
7	Baumaßnahmen.....	—	—	— —
8	Sonstige Investitionsausgaben.....	—	—	87 400 —
9	Besondere Finanzierungsausgaben.....	379 400	379 300	337 000 324 750
	Gesamtausgaben.....	4 085 100	3 587 400	3 540 600 2 333 228
	Zuschuss/Überschuss.....	-4 076 600	-3 578 900	-3 532 100 -2 292 956

Abschluss für den Einzelplan 01
Haushaltsjahr 2013

Einzelplan und Kapitel	Bezeichnung	Steuern und steuerähnliche Abgaben	Eigene Einnahmen	Übertragungseinnahmen	Vermögenswirks. und bes. Finanzierungseinnahmen	Gesamteinnahmen
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
01 01	Landtag	—	1.569.600	—	630.000	2.199.600
01 03	Datenschutzbeauftragter	—	8.500	—	—	8.500
	Insgesamt:	—	1.578.100	—	630.000	2.208.100

Personal- ausgaben	Sächliche Verwaltungs- ausgaben, Schuldendienst	Übertragungs- ausgaben	Bau- maßnahmen	Sonstige Investitions- ausgaben	Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben	Überschuss (+) Zuschuss (-)
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
35.065.500	5.692.800 —	8.869.800	—	381.600	1.307.100	51.316.800	-49.117.200
2.495.900	711.200 —	1.000	—	—	379.300	3.587.400	-3.578.900
37.561.400	6.404.000 —	8.870.800	—	381.600	1.686.400	54.904.200	-52.696.100

Abschluss für den Einzelplan 01
Haushaltsjahr 2014

Einzelplan und Kapitel	Bezeichnung	Steuern und steuerähnliche Abgaben	Eigene Einnahmen	Übertragungseinnahmen	Vermögenswirks. und bes. Finanzierungseinnahmen	Gesamteinnahmen
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
01 01	Landtag	—	1.569.500	—	256.500	1.826.000
01 03	Datenschutzbeauftragter	—	8.500	—	—	8.500
	Insgesamt:	—	1.578.000	—	256.500	1.834.500

Personal- ausgaben	Sächliche Verwaltungs- ausgaben, Schuldendienst	Übertragungs- ausgaben	Bau- maßnahmen	Sonstige Investitions- ausgaben	Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben	Überschuss (+) Zuschuss (-)
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
35.988.900	5.442.700 —	8.869.800	—	337.700	1.308.500	51.947.600	-50.121.600
2.603.000	1.101.700 —	1.000	—	—	379.400	4.085.100	-4.076.600
38.591.900	6.544.400 —	8.870.800	—	337.700	1.687.900	56.032.700	-54.198.200

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme im Haushaltsjahr 2013

Titel	Bezeichnung	Verpflichtungs- ermächtigung 2013 EUR	von dem Gesamtbetrag (Sp. 3) dürfen fällig werden			
			2014 EUR	2015 EUR	2016 EUR	spätere Jahre EUR
1	2	3	4	5	6	7

Es wurden im Haushaltsjahr 2013 keine Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht.

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme im Haushaltsjahr 2014

Titel	Bezeichnung	Verpflichtungs- ermächtigung 2014 EUR	von dem Gesamtbetrag (Sp. 3) dürfen fällig werden			
			2015 EUR	2016 EUR	2017 EUR	spätere Jahre EUR
1	2	3	4	5	6	7

Es wurden im Haushaltsjahr 2014 keine Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht.

**STELLENPLÄNE
STELLENÜBERSICHTEN**

Kapitel 01 01 Landtag

S T E L L E N P L A N

422 00

Stellenplan für planmäßige Beamte und Richter

Bes. Gr.	Kennung	2014	Stellen 2013	(2012)	
Feste Gehälter					
B 8	(001)	1	1		Direktor/in beim Hessischen Landtag Erhält eine Aufwandsentschädigung von jährlich 1.125 EUR.
B 6	(000)	0,5	0,5	(-)	Altersteilzeitstelle/n kw
B 6	(001)	1	1		Ministerialdirigent/in
B 3	(001)	6	6		Leitender/de Ministerialrat/rätin davon: 4 Planstellen, die von Fraktionen in Anspruch genommen werden können
Aufsteigende Gehälter					
A 16	(001)	21	21		Ministerialrat/rätin davon: 8 Planstellen, die von Fraktionen in Anspruch genommen werden können
A 15	(001)	23	23		Regierungsdirektor/in davon: 8 Planstellen, die von Fraktionen in Anspruch genommen werden können 1 Planstelle ku nach Bes.Gr. A13 h.D. nach Ausscheiden des Stelleninhabers 1 Planstelle kw mit Ablauf 31.12.2018
A 14	(001)	17	17		Regierungsoberrat/rätin davon: 8 Planstellen, die von Fraktionen in Anspruch genommen werden können 1 Planstelle ku nach Bes.Gr. A 13 h.D. nach Ausscheiden des Stelleninhabers
A 13 h.D.	(001)	5	5		Regierungsrat/rätin
A 13 g.D.	(001)	1	1		Oberamtsrat/rätin
A 12	(001)	3	3		Amtsrat/rätin
A 11	(001)	2,5	2,5		Amtmann/Amtfrau
A 10	(001)	1,5	1,5	(2,5)	Oberinspektor/in
		82,5	82,5	(83)	

Kapitel 01 01 Landtag

ERLÄUTERUNGEN zum STELLENPLAN

422 00

Änderung des Stellenplans (planmäßige Beamte und Richter) - 2013

Bes. Gr.	Kennung	Stellen lt. Haus- halts- plan 2012	Veränderungen aufgrund von / durch														Stellen lt. Haus- halts- plan 2013		
			§ 50 LHO		§ 10 HG		§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2013		Hebungen 2013		Umset- zungen/ Umwandl. 2013			Sonstige Verände- rungen 2013	
			+	-	+	+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	+		-	+
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12								
B 6	(000)	0,0		0,5															0,5
A 10	(001)	2,5												1,0					1,5
Versch.		80,5																	80,5
Zusammen		83,0		0,5										1,0					82,5

Zu Spalte 5: 0,5 Altersteilzeitstelle kw nach § 10 Abs. 3 HG 2012

Zu Spalte 10: Umsetzung nach Kap. 03 01 - 422 00 (Integrationsfonds) infolge Freiwerdens

Fraktionsassistenten

Mittel für insgesamt 28 Bedienstete, die den Fraktionen für die Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung gestellt werden können, sind im Ansatz bei Gruppe 684 enthalten.

STELLENPLAN

422 00

Stellenplan

für Leerstellen (Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	Stellen		
		2014	2013	(2012)

Aufsteigende Gehälter

A 16	(981)	1	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) in den Deutschen Bundestag/Hessischen Landtag/ das Europäische Parlament gewählte(n) Bedienstete(n)
A 15	(992)	1	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/Erziehungsurlaub
A 15	(976)	1	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n)
A 13 h.D.	(992)	-	-	(1)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/Erziehungsurlaub
A 13 h.D.	(981)	1	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) in den Deutschen Bundestag/Hessischen Landtag/ das Europäische Parlament gewählte(n) Bedienstete(n)
		4	4	(5)	

Kapitel 01 01 Landtag

ERLÄUTERUNGEN zum STELLENPLAN

422 00

Änderung des Stellenplans Leerstellen (Beamte und Richter) - 2013

Bes. Gr.	Kennung	Stellen lt. Haus- halts- plan 2012	Veränderungen aufgrund von / durch														Stellen lt. Haus- halts- plan 2013		
			§ 50 LHO		§ 10 HG		§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2013		Hebungen 2013		Umset- zungen/ Umwandl. 2013			Sonstige Verände- rungen 2013	
			+	-	+	+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	+		-	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12					12			
A 13 h.D.	(992)	1,0									1,0								0,0
Versch.		4,0																	4,0
Zusammen		5,0									1,0								4,0

Zu Spalte 7: Wegfall infolge Wirksamwerdens des kw-Vermerkes

STELLENÜBERSICHT

428 00

Stellenübersicht Tarifbeschäftigte (auch Auszubildende)

Kennung		2014	Stellen 2013	(2012)	
Höherer Dienst	(001)	3	3		Höherer Dienst
Gehobener Dienst	(001)	28	28		Gehobener Dienst
					davon: 1 Stelle, die von Fraktionen in Anspruch genommen werden kann 1 Stelleninhaber hat eine Dienstwohnung
Gehobener Dienst	(000)	0,5	0,5	(-)	Altersteilzeitstelle/n kw
Mittlerer Dienst	(001)	53	53		Mittlerer Dienst
Mittlerer Dienst	(000)	1	2	(2,5)	Altersteilzeitstelle/n kw
Einfacher Dienst	(001)	14,5	14,5	(18,5)	Einfacher Dienst
Einfacher Dienst	(000)	-	-	(0,5)	Altersteilzeitstelle/n kw
Auszubildende	(001)	3	3		Auszubildende
		103	104	(108,5)	

Auf eine Einzeldarstellung der Entgeltgruppen lt. Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst des Landes Hessen (TV-H) wird verzichtet, die Stellen werden in Gruppen ausgewiesen, die sich an die Laufbahngruppen der Beamten anlehnen.

Kapitel 01 01 Landtag

ERLÄUTERUNGEN zur STELLENÜBERSICHT

428 00

Änderung der Stellenübersicht für Tarifbeschäftigte (auch Auszubildende) - 2013

1	Ken- nung	Stellen lt. Haus- halts- plan 2012	Veränderungen aufgrund von / durch														Stellen lt. Haus- halts- plan 2013			
			§ 50 LHO		§ 10 HG			§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2013		Hebungen 2013		Umset- zungen/ Umwandl. 2013		Sonstige Verände- rungen 2013		
			+	-	+	+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	+		-		
			4	5	6	7	8	9	10	11	12									
G. Dienst	(000)	0,0		0,5															0,5	
M. Dienst	(000)	2,5		0,5				1,0											2,0	
E. Dienst	(001)	18,5								4,0									14,5	
E. Dienst	(000)	0,5						0,5											0,0	
Versch.		87,0																	87,0	
Zusammen		108,5		1,0				1,5		4,0									104,0	

Änderung der Stellenübersicht für Tarifbeschäftigte (auch Auszubildende) - 2014

1	Ken- nung	Stellen lt. Haus- halts- plan 2013	Veränderungen aufgrund von / durch														Stellen lt. Haus- halts- plan 2014			
			§ 50 LHO		§ 10 HG			§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2014		Hebungen 2014		Umset- zungen/ Umwandl. 2014		Sonstige Verände- rungen 2014		
			+	-	+	+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	+		-		
			4	5	6	7	8	9	10	11	12									
G. Dienst	(000)	0,5																	0,5	
M. Dienst	(000)	2,0						1,0											1,0	
E. Dienst	(001)	14,5																	14,5	
E. Dienst	(000)	0,0																	0,0	
Versch.		87,0																	87,0	
Zusammen		104,0						1,0											103,0	

Zu Spalte 5: 2 mal 0,5 Altersteilzeitstelle kw nach § 10 Abs. 3 HG 2012

Zu Spalte 7: Wegfall infolge Wirksamwerdens des kw-Vermerkes

Zu Spalte 8: Wegfall infolge Stelleneinsparung

Fraktionsassistenten

Mittel für 1 Bedienstete/n, die/der den Fraktionen für die Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung gestellt werden kann, sind im Ansatz bei Gruppe 684 enthalten.

Vorübergehende qualitative Abweichungen von den Stellenübersichten für Tarifbeschäftigte sind ohne tarifliche Bindungswirkung zulässig; über die Änderung der Stellenübersichten wird im nächsten Haushaltsplan entschieden.

Kapitel 01 01 Landtag

STELLENÜBERSICHT

428 00

Stellenübersicht Tarifbeschäftigte (Leerstellen)

Kennung	2014		Stellen 2013		(2012)	
Gehobener Dienst (992)	1		1		(-)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/Erziehungsurlaub
Gehobener Dienst (994)	-		1		(-)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 28 TV-H beurlaubte(n) Bedienstete(n)
Mittlerer Dienst (992)	1		1			Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/Erziehungsurlaub
	2		3		(1)	

Auf eine Einzeldarstellung der Entgeltgruppen lt. Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst des Landes Hessen (TV-H) wird verzichtet, die Stellen werden in Gruppen ausgewiesen, die sich an die Laufbahngruppen der Beamten anlehnen.

ERLÄUTERUNGEN zur STELLENÜBERSICHT

428 00

Änderung der Stellenübersicht für Tarifbeschäftigte (Leerstellen) - 2013

1	Ken- nung	Stellen lt. Haus- halts- plan 2012	Veränderungen aufgrund von / durch										Stellen lt. Haus- halts- plan 2013						
			§ 50 LHO		§ 10 HG		§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2013			Hebungen 2013		Umset- zungen/ Umwandl. 2013		Sonstige Verände- rungen 2013	
			+	-	+	+	-	+	-	+	-	+		-	+	-	+	-	
	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12								
G. Dienst	(992)	0,0		1,0								1,0							
G. Dienst	(994)	0,0		1,0								1,0							
Versch.		1,0										1,0							
Zusammen		1,0		2,0								3,0							

Änderung der Stellenübersicht für Tarifbeschäftigte (Leerstellen) - 2014

1	Ken- nung	Stellen lt. Haus- halts- plan 2013	Veränderungen aufgrund von / durch										Stellen lt. Haus- halts- plan 2014						
			§ 50 LHO		§ 10 HG		§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2014			Hebungen 2014		Umset- zungen/ Umwandl. 2014		Sonstige Verände- rungen 2014	
			+	-	+	+	-	+	-	+	-	+		-	+	-	+	-	
	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12								
G. Dienst	(992)	1,0										1,0							
G. Dienst	(994)	1,0				1,0						0,0							
Versch.		1,0										1,0							
Zusammen		3,0				1,0						2,0							

Zu Spalte 5: 1 Leerstelle kw nach § 10 Abs. 1 HG 2012 für eine Bedienstete, der Elternzeit gewährt ist
1 Leerstelle kw nach § 10 Abs. 1 HG 2012 für eine Bedienstete, der Sonderurlaub ohne Fortzahlung des Entgelts gewährt ist

Zu Spalte 7: Wegfall infolge Wirksamwerdens des kw-Vermerkes

Kapitel 01 03 Datenschutzbeauftragter

STELLENPLAN

422 00

Stellenplan für planmäßige Beamte und Richter

Bes. Gr.	Kennung	Stellen			
		2014	2013	(2012)	
Feste Gehälter					
B 4	(007)	1	1	(-)	Leitender/de Ministerialrat/rätin als Vertreter/in des Hessischen Datenschutzbeauftragten
B 3	(001)	-	-	(1)	Leitender/de Ministerialrat/rätin
Aufsteigende Gehälter					
A 16	(001)	8	8		Ministerialrat/rätin
A 15	(001)	6	6		Regierungsdirektor/in
A 14	(001)	7	7	(6)	Regierungsoberrat/rätin
A 13 h.D.	(001)	-	-		Regierungsrat/rätin
A 13 g.D.	(001)	10	10		Oberamtsrat/rätin
A 13 g.D.	(002)	-	-	(1)	Technischer/sche Oberamtsrat/rätin
A 12	(001)	3	3		Amtsrat/rätin
		35	35	(35)	

ERLÄUTERUNGEN zum STELLENPLAN

422 00

Änderung des Stellenplans (planmäßige Beamte und Richter) - 2013

Bes. Gr.	Kennung	Stellen lt. Haus- halts- plan 2012	Veränderungen aufgrund von / durch												Stellen lt. Haus- halts- plan 2013				
			§ 50 LHO		§ 10 HG		§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2013		Hebungen 2013			Umset- zungen/ Umwandl. 2013		Sonstige Verände- rungen 2013	
			+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	+	-		+	-		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12								
B 4	(007)	0,0											1,0					1,0	
B 3	(001)	1,0												1,0				0,0	
A 14	(001)	6,0											1,0					7,0	
A 13 g.D.	(002)	1,0												1,0				0,0	
Versch.		27,0																27,0	
Zusammen		35,0											2,0	2,0				35,0	

Zu Spalte 9: 1 B 4 infolge Hebung von Bes.Gr. B 3 für den/die Dienststellenleiter/in aufgrund des Aufgabenzuwachses durch die Übertragung der Aufgabe der Aufsichtsbehörde für den Datenschutz im nicht öffentlichen Bereich
1 A 14 infolge Hebung von Bes.Gr. A 13 g.D. für den Bereich der Informationstechnik

Kapitel 01 03 Datenschutzbeauftragter

STELLENÜBERSICHT

428 00

Stellenübersicht Tarifbeschäftigte (auch Auszubildende)

	Kennung	Stellen		
		2014	2013 (2012)	
Atl.	(001)	2	2	Außertariflich
Höherer Dienst	(001)	–	–	Höherer Dienst
Gehobener Dienst	(001)	2,5	2,5	Gehobener Dienst
Gehobener Dienst	(000)	0,5	0,5 (–)	Altersteilzeitstelle/n kw
Mittlerer Dienst	(001)	3,5	3,5	Mittlerer Dienst
		8,5	8,5 (8)	

Auf eine Einzeldarstellung der Entgeltgruppen lt. Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst des Landes Hessen (TV-H) wird verzichtet, die Stellen werden in Gruppen ausgewiesen, die sich an die Laufbahngruppen der Beamten anlehnen.

ERLÄUTERUNGEN zur STELLENÜBERSICHT

428 00

Änderung der Stellenübersicht für Tarifbeschäftigte (auch Auszubildende) - 2013

1	Ken- nung	Stellen lt. Haus- halts- plan 2012	Veränderungen aufgrund von / durch										Stellen lt. Haus- halts- plan 2013					
			§ 50 LHO		§ 10 HG		§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken	neue/weg- gefallene Stellen 2013		Hebungen 2013		Umset- zungen/ Umwandl. 2013		Sonstige Verände- rungen 2013		
			+	-	+	-	+	-		+	-	+		-	+	-		
			4	5	6	7	8	9	10	11	12							
G. Dienst	(000)	0,0		0,5								0,5						
Versch.		8,0										8,0						
Zusammen		8,0		0,5								8,5						

Zu Spalte 5: 0,5 Altersteilzeitstelle kw nach § 10 Abs. 3 HG 2012

Vorübergehende qualitative Abweichungen von den Stellenübersichten für Tarifbeschäftigte sind ohne tarifliche Bindungswirkung zulässig; über die Änderung der Stellenübersichten wird im nächsten Haushaltsplan entschieden.